



CDU

UNSER HAMBURG:

WIR

WACHSEN

ZUSAMMEN.

#ZUSAMMENWACHSENDESTADT

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammen den Wandel gestalten – Chancen der Metropole nutzen	6
Freiheit statt Bevormundung – Gemeinschaft, Gerechtigkeit und Leistungsbereitschaft stärken!	6
Den Menschen in den Mittelpunkt stellen	7
Die staatliche Infrastruktur auf höchstes Niveau heben	8
Gemeinschaft und länderübergreifende Kooperationen stärken	8
Unser Hamburg, unser Weg	9
1. Zusammen Wachstum gestalten und Wohlstand sichern	11
Hamburgs Stärken ausbauen, neue Potenziale erschließen	12
Der Hamburger Hafen: Herzstück unserer Stadt	13
Willkommen Zukunft: Digitalwirtschaft und neue Technologien	14
Die Gesundheitswirtschaft: Hamburgs Hidden Champion	15
Erneuerbare Energien: Chance für die Zukunft	15
Welcome to Hamburg: Die Tourismuswirtschaft	16
Messe- und Medienstandort Hamburg: Marketing für unsere Stadt	17
Tragende Säule der Wirtschaft: Der Mittelstand	17
Fit für die Zukunft: Hamburgs Infrastruktur verbessern	18
Wirtschaftsmetropole bedeutet Wissenschaftsmetropole	20
Arbeitskräfte halten – Fachkräfte für Hamburg begeistern	21
2. Zusammen sicher leben	21
Das Leben in Hamburg sicherer machen – Polizei und Verfassungsschutz stärken	22
Auch im Notfall gut aufgehoben sein – Feuerwehr und Hilfsorganisationen verbessern	24
Die Bundeswehr in die Mitte der Gesellschaft holen – Für öffentliche Veranstaltungen in Hamburg	24
Extremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit den Kampf ansagen – Integration fördern	25
Vertrauen in den Rechtsstaat stärken – Unabhängigkeit der Justiz verbessern	26
Den Leidtragenden mehr Beachtung schenken – Opferschutz ausbauen	29
3. Zusammen in der Stadt wohnen und leben	31
Lebensqualität fördern – Hamburg zu einer grünen und sicheren Stadt machen	31
Alle Stadtteile in ganz Hamburg lebenswert machen – Nachbargemeinden einbeziehen	33
Mehr Wohnungen an Magistralen bauen – Eigentum fördern	35
4. Zusammen zu einer neuen Mobilität	37
Neue Technologien fördern – Forschung ausbauen	38
Busse und Bahnen attraktiver machen – Umsteigen erleichtern	39
Staus verhindern – Baustellen besser planen	41

Hamburgs Lebensadern nutzen – Mehr Verkehr auf Elbe und Alster lenken.....	42
5. Zusammen das Klima und die Umwelt schützen	43
Klimaschutz geht alle an.....	44
Wärmeversorgung: Fokus auf Geothermie setzen.....	45
Energieversorgung: Moorburg umrüsten, Speicherkapazitäten ausbauen.....	45
Energieeinsparung: Mehr beraten, neue Technologien fördern.....	46
Grüne Energien erforschen, neue maritime Antriebe entwickeln	46
Klimaintelligente Technik einsetzen	47
Bessere Luft, mehr Lebensqualität	47
Fürs Klima und die Erholung gut: Neue Naturschutzgebiete ausweisen.....	48
Mehr Anreize für den Umwelt- und Klimaschutz schaffen	48
6. Zusammen Talente schmieden	49
Wir haben viel für die Schulen durchgesetzt, daran knüpfen wir an.....	50
Chancengerechtigkeit frühzeitig schaffen – Qualität des Unterrichts weiterentwickeln.....	50
Mittelstand und Bildung verzahnen – Den mittleren Schulabschluss stärken	53
Inklusion und Integration muss gelingen – Förderung für alle Schüler verbessern.....	53
Überschaubarkeit und Vielfalt – Bessere Rahmenbedingungen für Schulen schaffen	55
Herausforderungen und Chancen des digitalen Wandels nutzen – Schulen fit für die Zukunft machen.....	56
Engagement und gute Ausbildung gesucht – Ausreichend Fachkräfte gewinnen	57
7. Zusammen eine Wissenschaftsmetropole werden	58
Mehr Geld – Finanzierung des Wissenschaftsstandorts Hamburg verbessern.....	58
Bessere Lernbedingungen – Sanierungsstau an den Hamburger Hochschulen beseitigen	59
Erfahrungen nutzen – Internationalisierung der Hochschulen vorantreiben.....	59
Unternehmergeist stärken – Entrepreneurship fördern	59
Für Grundlagen begeistern – Naturwissenschaften stärken	60
Mehr Menschen zu Studierenden machen – Stipendienkultur stärken.....	60
Besser lernen, besser feiern – Wohnheimplätze aufstocken	60
8. Zusammen Gemeinschaft fördern	61
Unsere Zukunft sichern – Familien und Kinder stärken.....	62
Die Schwächsten schützen – Kinder- und Jugendhilfe verbessern	63
Entwicklung der Jüngsten fördern – Angebote für Kinder und Jugendliche verbessern	65
Hauptsache Hamburger – Menschen mit ausländischen Wurzeln besser integrieren.....	66
Engagement der Menschen fördern – Ehrenamt stärken	67
Erfahrungen nutzen, Einsamkeit bekämpfen – Einen größeren Fokus auf die ältere Generation legen.....	68
Diversity als Vorteil – Vielfalt einfordern und stärken	70

Den wirklich Bedürftigen helfen – Obdachlosigkeit bekämpfen, professionelle Bettelei unterbinden	70
Ein gesundes Leben für alle – Medizinische Versorgung verbessern	71
Soziale Probleme neu lösen – Social Entrepreneurship fördern.....	71
9. Zusammen eine Stadt der Kultur und des Sports gestalten	72
Ob Klassik oder Pop – Musikstadt Hamburg fördern	73
Lernen, Verstehen, Erinnern – Hamburger Museumslandschaft ausbauen.....	73
Ideen fördern – Theater, Stadtteilkultur und Kreativwirtschaft stärken.....	74
Kinder und Jugendliche begeistern – Kulturelle Bildung verbessern.....	74
Hamburgs Erbe bewahren – Denkmalschutz verbessern.....	75
Sport verbindet – Förderung der Vereine und Verbände stärken.....	75
Bewegung tut gut – Schulsporthallen und -flächen ausbauen	76
Neuem eine Chance geben – E-Sport und weitere Sportarten besserstellen.....	76
10. Zusammen unsere Stadt nachhaltig und bürgerfreundlich machen	77
Die nächste Generation im Blick haben – Solide Haushalte	77
Maßhalten – Steuern nicht erhöhen	78
Ein besserer Ansprechpartner sein – Verwaltung prägnanter und effizienter machen.....	79
Wahlauftrag: Zusammen zum Erfolg!	81

ZUSAMMEN DEN WANDEL GESTALTEN – CHANCEN DER METROPOLE NUTZEN

Die Welt ändert sich rasant. Die Menschen erleben die Dynamik und den Veränderungsdruck in einer Großstadt wie Hamburg besonders intensiv, denn hier zeigen sich die Auswirkungen der Globalisierung und Digitalisierung schneller als andernorts. Was heute gilt, kann morgen schon anders sein. Die Folgen internationaler Krisen, spürbarer Klimaveränderungen, die Entwicklung neuer Wirtschaftsbereiche und der Rückgang ehemals erfolgreicher Branchen spielen sich nicht mehr in fernen Orten ab, sondern betreffen die Menschen in Hamburg ganz direkt. Dieser Wandel erfordert eine enorme Veränderungs- und Anpassungsbereitschaft des Einzelnen und der Gesellschaft. Wir wollen eine Politik, die Veränderungen, Unterschiedlichkeit und Wachstum als positive Herausforderungen annimmt und die den Wandel gemeinsam gestaltet. Dieser Anspruch erfordert Mut und Kraft. Wir sind die Mutigen und Dynamischen, die Hamburg als zusammenwachsende Stadt voranbringen werden.

Freiheit statt Bevormundung – Gemeinschaft, Gerechtigkeit und Leistungsbereitschaft stärken!

Damit das Handeln nicht orientierungslos ist, muss die Politik gerade in Zeiten schneller Umbrüche auf einer soliden und gut begründeten Wertebasis stehen, die auch dann gilt, wenn Zeiten unsicher und Entwicklungsverläufe unberechenbar sind.

Wir haben diese soliden Werte: Verteidigung der Freiheit und Achtung der Würde jedes Menschen, Bewahrung der Schöpfung, Belohnung von Leistung und Innovation sowie Solidarität mit den Bedürftigen. Wir sind als Partei der sozialen Marktwirtschaft davon überzeugt, dass Eigenverantwortung, Initiative, Kreativität, harte Arbeit und Leistung – im Rahmen eines freien und fairen Wettbewerbs – belohnt werden müssen. Leistung muss sich lohnen, damit Innovationen und Investitionen vorangetrieben werden. Nur so sind wir als Gesellschaft in der Lage, den Wandel mitzugestalten, statt mit seinen Konsequenzen leben zu müssen. Nur so kann der Wohlstand aller vermehrt werden.

Als Partei mit klaren Grundwerten sind wir auch in Zeiten von Umbrüchen verlässlich.

Unsere Grundwerte sind zeitlos. Jeder kann sich darauf verlassen. Sie richten sich nicht nur an eine bestimmte Gruppe oder Strömung in der Gesellschaft, sondern ausnahmslos an alle Menschen. Die Achtung der Würde und Freiheit eines jeden Einzelnen sowie Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte unserer Politik. Sie stehen für unseren politischen Auftrag, jeden Menschen zu sehen und die Würde sowie das Recht auf Freiheit und Selbstverwirklichung – unabhängig von Alter, Herkunft sowie der Art zu leben und zu denken – zu verteidigen. Intoleranz und Hass in der Gesellschaft sowie Abwertungen von Menschen, die vermeintlich nicht ins Bild passen, Extremismus, Rassismus und Antisemitismus lehnen wir ab. In Zeiten des Wandels darf das Neue und Andere nicht per se verdächtigt werden, sondern kann ebenso zur Gesellschaft gehören wie das Bewährte und Bekannte.

Unsere Werte sind für uns der Auftrag, den Menschen zu sehen, Brücken zu bauen, Gemeinschaft und Kooperation zu fördern und so den sozialen Frieden zu sichern. Wir sind davon überzeugt, dass es besser ist, miteinander zu reden, anstatt sich abzuschotten.

Wir sind auch vom Prinzip der Subsidiarität überzeugt. Wir gehen davon aus, dass die Menschen in der Regel selbst am besten wissen, was gut für sie ist und der Staat die Bürgerinnen und Bürger weder mit Paternalismus bevormunden noch mit Ideologien beglücken darf. Der Staat muss jedoch dort handlungsfähig und stark sein, wo er zum Schutz der Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger, zum Schutz der Schwachen und zur Organisation der Gemeinschaft gebraucht wird.

Den Menschen in den Mittelpunkt stellen

Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, muss ihn beteiligen und seine Sicht und Bedürfnisse verstanden haben. Die Stadtgesellschaft ist geprägt von Komplexität, Heterogenität und Anonymität. Aus diesem Grund sind uns wirkungsvolle Beteiligungsformate besonders wichtig. Eine funktionierende Demokratie braucht Zeit zum Verstehen, Beteiligen und Aushandeln. Sie kann dem Menschen in der Regel keine einfachen Lösungen für komplizierte Sachverhalte bieten. Nicht immer, aber oft, sind daher Kompromisse die ehrlichere Antwort.

Die staatliche Infrastruktur auf höchstes Niveau heben

Unsere Zukunft ist davon abhängig, wie gut wir unser Land, insbesondere unseren Rechtsstaat, für die kommende Zeit aufstellen. Er ist Garant für Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit.

Wir müssen den Anspruch haben, eine hervorragende Infrastruktur für alle Menschen und Unternehmen aufzubauen, um mit den schnellen Veränderungen mithalten zu können und die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Das gilt für öffentliche Einrichtungen und Verwaltungsverfahren jeglicher Art, aber auch für die Gesundheits- und Daseinsvorsorge und die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Wir müssen die Schul- und Hochschulbildung sowie die Aus- und Weiterbildung in den Mittelpunkt rücken. Nur wenn wir Bildung, Kompetenzen und Forschung massiv fördern, werden wir im Wandel der Zeit bestehen und mithalten können. Dazu gehört es auch, den Wissenschaftstransfer aktiv zu unterstützen. Motivation und Unternehmergeist dürfen nicht an den vergleichsweise ungünstigen Rahmenbedingungen in Deutschland scheitern. Hamburg muss zur Smart City werden. Smart City ist eine Bezeichnung für eine Stadt, die Informations- und Kommunikationstechnologien einsetzt, um die Qualität und Leistung städtischer Dienstleistungen wie Verkehr und Versorgung zu verbessern, um Ressourcenverbrauch, Verschwendung und Gesamtkosten zu reduzieren. Ziel ist es, die Lebensqualität aller Hamburgerinnen und Hamburger durch den Einsatz und die Vernetzung intelligenter Technologien zu verbessern.

Gemeinschaft und länderübergreifende Kooperationen stärken

Kooperation und Gemeinschaft befördern den Zusammenhalt und Wohlstand unserer Gesellschaft. Wir sind davon überzeugt, dass Hamburg besser im Verbund mit den Nachbarregionen bestehen kann. Eine länderübergreifende Zusammenarbeit und gemeinsame Regionalstrategie stärkt die Metropole als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Innovationsstandort. Sie macht die gesamte Region lebenswerter und auf diese Weise zum Magneten für gut qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmerinnen und Unternehmer. Auch der Wohnungsbau der Zukunft profitiert von Strategien, die die Metropolregion Hamburg als Ganze im Blick haben und die die Attraktivität der äußeren

Stadtteile genauso stärken, wie die Verkehrsanbindung zwischen diesen. Unsere Stadtplanung muss das direkte Umfeld der Menschen im Stadtteil attraktiv und lebenswert machen, während kulturelle Highlights und andere „Leuchttürme“ die Identifikation mit der Stadt stärken. Zu einer lebendigen Stadt gehören auch Handwerksbetriebe, ein abwechslungsreicher Einzelhandel und ein florierendes Restaurant- und Gastgewerbe. Für all dies brauchen wir bezahlbare Gewerbemietflächen.

Auf Kooperation und Miteinander kommt es aber auch im kleineren Kreis an. Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt sind tragende Säulen unserer Gesellschaft, die gestärkt werden müssen. Das Auseinanderdriften der Gesellschaft kann verhindert werden, wenn die Menschen sich kennen und verstehen lernen. Wer gemeinsam in Vereinen Sport treibt, in Initiativen ein Ziel verfolgt und auf Nachbarschaftsfesten zusammenkommt, entwickelt mehr Verständnis und Toleranz füreinander. Einsamkeit und Orientierungslosigkeit können besser zurückgedrängt werden, wenn wir in der Gemeinschaft mehr aufeinander achten. Das wollen wir fördern.

Unser Hamburg, unser Weg

Ziel unserer Politik ist eine Metropole Hamburg, die zusammenwächst und zusammenwächst. Wir müssen scheinbare Gegensätze zusammendenken, um dieses Ziel zu erreichen. Wachstum und Klimaschutz bedingen einander. Innovation und Technologiefreundlichkeit schließen ein lebenswertes Umfeld nicht aus, sondern befördern es. Wir wollen einen starken Rechtsstaat und gleichzeitig eine tolerante und solidarische Hamburger Gesellschaft.

Wir sind für ein innovatives Hamburg. Wirtschaft und Wissenschaft gehören für uns zusammen. Neben der Förderung des Mittelstands und des Handwerks setzen wir auf den Ausbau erfolgreicher Wirtschaftsbereiche, die Stärkung der Innovationskraft und die Neuan siedlung von Unternehmen mit Zukunftstechnologien.

Wir sind für ein sicheres Hamburg. Wir wollen einen starken und wehrhaften Rechtsstaat, der alles tut, um seine Bürger vor Kriminalität, Gewalt und terroristischen Gefahren zu schützen und seine Freiheiten zu garantieren.

Wir sind für ein lebenswertes Hamburg. Wir wollen das Wachstum Hamburgs gestalten und die Lebensqualität fördern. Wir setzen auf Nachverdichtung im innerstädtischen Bereich, Erhaltung von Grünflächen, Wohnungsbau im Hamburger Umland und eine schnelle und sichere Mobilität durch kluge Lösungen und technischen Fortschritt.

Wir sind für ein verantwortungsbewusstes und leistungsorientiertes Hamburg. Wir machen Politik für Leistungsträgerinnen und Leistungsträger – dazu zählen wir vor allem die Menschen, die morgens aufstehen, die Kinder zur Schule bringen, den ganzen Tag hart arbeiten und abends als Trainerin und Trainer auf dem Sportplatz stehen. Wir wollen die Eigenverantwortung der Menschen stärken und staatliche Einmischung in Angelegenheiten, die die Menschen selbst regeln können, zurückdrängen. Wir werden Bevormundung nicht akzeptieren, sondern Freiheit, Vielfalt, Selbstbestimmung und Erfindergeist Raum geben. Der Schutz und die Förderung von Familien und Kindern sind für uns zentral. Wir wollen eine sichere, innovative und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung. Und wir verfolgen eine ganzheitliche Klima- und Umweltpolitik, die ökologische, ökonomische und soziale Ziele gleichermaßen berücksichtigt. Dafür setzen wir auf technische Innovationen und Anreize anstelle von Verboten und Bevormundung. Wir sind uns unserer Verantwortung für die kommenden Generationen bewusst und appellieren an das Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger.

Wir sind für ein kluges Hamburg. Grundlage unserer Bildungspolitik ist eine Qualitätsoffensive für Hamburgs Schulen, die Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit gleichermaßen fördert. Einige dieser Ziele konnten wir in den Vereinbarungen zum Schulstrukturfrieden verankern und umsetzen. Doch Hamburg braucht mehr gute Bildung – wir wollen vor allem für unsere Jüngsten die besten Rahmenbedingungen schaffen, damit ihre Neugierde erhalten und gefördert wird. Hierfür braucht es die besten Lehrerinnen und Lehrer.

Wir sind für ein bewegtes Hamburg. Ein breites und qualitativ hochwertiges Kulturangebot schafft ebenso Lebensqualität wie ein überzeugendes Sportangebot. Beides verfügt gleichermaßen über eine integrative Kraft und trägt damit zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei. Wir setzen uns für eine – auch qualitativ – wachsende Kultur ein und werden der Förderung des Sports künftig mehr Gewicht beimessen.

1. **Zusammen Wachstum gestalten und Wohlstand sichern**

Hamburgs Wirtschaft ging es viele Jahre gut. Als siebtgrößte Stadt der Europäischen Union ist Hamburg einer der bedeutendsten Wirtschaftsräume in Europa. Wir haben ganz besonders von der jahrelangen Hochkonjunktur in Deutschland und von der Globalisierung profitiert. Die Menschen der gesamten Region leben und arbeiten gerne in dieser Stadt.

Nun stehen wir vor zwei Herausforderungen: Wir müssen uns auf unsichere Zeiten einstellen und zugleich Hamburgs Wirtschaft und Verwaltung für das digitale 21. Jahrhundert fit machen. Die Ausgangslage ist nicht einfach: Im bundesweiten Vergleich hatte Hamburg in den letzten Jahren im Durchschnitt nur ein mäßiges Wirtschaftswachstum. Manche Industrie wandert in andere Bundesländer oder ins Ausland ab. Die Frachtzahlen des Hamburger Hafens stagnieren, während sie in anderen großen europäischen Häfen, wie Rotterdam und Antwerpen, wachsen. Internationale Handelsstreitigkeiten, der Brexit und fortgesetzte internationale Krisen setzen Deutschland und damit auch die Hafen- und Exportmetropole Hamburg zunehmend unter Druck. Infolge des tiefgreifenden Strukturwandels verändern sich die weltweiten Wertschöpfungsketten. Auch der technologische Wandel – von der Digitalisierung und künstlichen Intelligenz über die Nanotechnologie bis zu den erneuerbaren Energien – erfordert eine Neuorientierung.

Als Partei der sozialen Marktwirtschaft stehen wir dafür, dass sich Leistung lohnt. Menschen treiben Innovationen und Investitionen an, von denen die gesamte Gesellschaft profitiert. Ohne neue Ideen, intelligente und nachhaltige Produkte, ohne innovative Dienstleistungen ist Hamburg als Wirtschaftsstandort im globalen Wettbewerb gefährdet. Dabei ist Wirtschaftswachstum kein Vorteil für einige wenige, sondern eine Voraussetzung für Wohlstand und Arbeitsplätze für alle. Insofern begrüßen wir das Wachsen unserer Stadt und der gesamten Region. Hamburgs Wachstum darf aber nicht nur verwaltet, sondern muss gestaltet werden. Wir müssen Hamburg in diesen herausfordernden Zeiten zukunfts- und krisenfest machen, damit die Stadt lebenswert bleibt und auch für künftige Generationen ein glückliches, gesundes und sicheres Leben ermöglicht.

Hamburgs Wirtschaftspolitik muss sich auf die Stärkung der Innovationskraft konzentrieren. Die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen muss gefördert und neue

Schlüsseltechnologien müssen nach Hamburg geholt werden. Wir brauchen die besten Köpfe und Ideen in Hamburgs Region. Dazu benötigen wir eine langfristige Innovationsstrategie, die sicherstellt, dass die finanziellen Mittel für Bildung, Hochschulen, Infrastruktur und Digitalisierung nicht zurückgefahren werden, wenn die Steuereinnahmen geringer ausfallen.

Wir wollen die Metropolregion Hamburg stärker sichtbar machen und die Zusammenarbeit zur Stärkung der Wirtschaft und der Lebensqualität der Menschen fortführen und vertiefen. Kooperation und Zusammenhalt befördert den Wohlstand. Wir sind davon überzeugt, dass wir unseren Standort noch besser im Verbund mit den Nachbarländern als Ganzes („Nordregion“) und somit weitergehender als die Zusammenarbeit in der Kommunalregion im internationalen Wettbewerb ausbauen können. Eine länderübergreifende Zusammenarbeit bringt uns auf allen Ebenen voran – sowohl als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Innovationsstandort, als auch als Magnet für gut qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Kreative. Die „Nordregion“ soll ein lebenswertes und bezahlbares Umfeld für alle bieten, die hier leben und arbeiten. Hamburg gehört unter die Top-5-Wirtschaftsregionen in Europa und muss DIE Wirtschaftsmetropole Nordeuropas werden.

Hamburgs Stärken ausbauen, neue Potenziale erschließen

Wir wollen die erfolgreichen Wirtschaftsbereiche in Hamburg – angefangen bei Unternehmen aus Industrie und Handel, über Luftfahrt, Transport und Logistik sowie Umwelttechnologien, Finanz- und die Gesundheitswirtschaft bis hin zu neuen Medien, Kreativwirtschaft, Landwirtschaft, Tourismus und Digitalwirtschaft – durch neue Förderinitiativen bestmöglich unterstützen. Hamburg benötigt auch in Zukunft Leuchttürme in kritischen Industriebereichen, gerade weil sich Technologien und Märkte rasant verändern.

Die CDU Hamburg bekennt sich klar zum Industriestandort Hamburg und steht für eine Förderung der Industrie. Hamburg braucht eine aktive und integrierte Industrieansiedlungsstrategie von Politik und Behörden. Wir bekennen uns zum Masterplan Industrie, den wir fortschreiben wollen.

Der Hamburger Hafen: Herzstück unserer Stadt

Der Hafen muss ein Leuchtturm bleiben, denn noch immer sind rund 156.000 Arbeitsplätze in der Metropolregion von ihm abhängig. Hamburg ist auf einen zukunftsfähigen, innovativen Hafen angewiesen, der seine Bedeutung im harten internationalen Wettbewerb ausbauen kann. Wir werden Innovation und Pilotprojekte im Logistikbereich und in der maritimen Umwelttechnologie fördern. Der Hafen muss auf Basis modernster Logistiksysteme effektiv in den globalen Handel eingebunden werden. Die Hafenbehörden müssen maximal effizient und transparent arbeiten, die Zollabfertigungen schnell und reibungslos funktionieren und die bürokratie- und liquiditätsbelastenden Steuerregularien reduziert werden. Ein wichtiger Standortfaktor ist, dass Mieten, Pachten und Gebühren für Unternehmen der Hafenwirtschaft nicht höher sein dürfen als in anderen europäischen Welthäfen. Die Fahrrinnenanpassung von Unter- und Außenelbe für große Containerschiffe, das Lösen der Verschlickungsproblematik durch Transport der Sedimente in die ausschließliche Wirtschaftszone in der Nordsee und ein guter Anschluss an Binnenschifffahrt, Schiene und Straße sind weitere wichtige Voraussetzungen, um den Hafen zukunftsfähig zu halten. Der Schiffsverkehr muss umweltfreundlicher werden, indem wir die Nutzung von Landstrom, Flüssiggas (LNG) und Wasserstoff vorantreiben.

Zugleich wissen wir aber, dass wir den Hafen als wirtschaftliches Herz dieser Stadt und der gesamten norddeutschen Region weiterentwickeln müssen, damit er auch künftigen Generationen als beschäftigungs- und wohlstandssichernder Garant eine verlässliche Basis für ein selbstbestimmtes Leben bieten kann. In Kooperation mit der Hafenwirtschaft, den Kammern und Verbänden werden wir mit diesem Ziel einen industriepolitischen Zukunftskonvent „HafenHamburg 2030“ durchführen. Kernpunkt der Initiative ist die gezielte Ansiedlung industrieller Forschungs- und Entwicklungsbereiche von Unternehmen und Wissenschaftsinstitutionen zu mit klassischen Hafenunternehmen vergleichbaren wirtschaftlichen Bedingungen.

Willkommen Zukunft: Digitalwirtschaft und neue Technologien

Die Metropolregion Hamburg muss zu einem bevorzugten Standort für Digitalunternehmen und neue Technologien werden. Eine digitale Industrialisierung in unserer Stadt schafft neue Arbeitsplätze, wenn bisherige an anderer Stelle wegfallen. Dabei werden wir insbesondere Schlüsseltechnologien stärken, die die Voraussetzung sind, um in anderen Bereichen erfolgreich zu sein, wie künstliche Intelligenz, Blockchain, Quantencomputer, 3D-Druck und Robotik. Wir wollen Unternehmen in Bereichen wie beispielsweise autonomes Fahren, Batteriezellentechnik, Raumfahrt- und Energietechnologie sowie Medizintechnik nach Hamburg bringen. Dazu werden wir Erweiterungsflächen für Gewerbe an den Orten Steinwerder-Süd und am Kleinen Grasbrook ausweisen. Weitere Technologie- und Innovationsparks müssen eingerichtet werden. Wir werden die Rahmenbedingungen für die Games-Branche in Hamburg verbessern und eine substanzielle Projektförderung nach den Vorbildern aus Bayern und Nordrhein-Westfalen wieder einführen. Für innovative Technologien müssen spezielle Fördertöpfe eingerichtet werden, die kurzfristig und unbürokratisch zu beantragen sind und die vorrangig auf Impulssetzung, Forschung und Erprobung abzielen. Unsere Verwaltung muss sich auf die speziellen Bedürfnisse von Startups einstellen. Die Metropolregion Hamburg darf sich nicht länger von Berlin den Rang als Stadt der Gründer ablaufen lassen. Sie muss ein Magnet für Start-ups werden. Dafür wollen wir die Zuständigkeiten bündeln, zentrale Anlaufstellen einrichten und die angebotenen Fördermöglichkeiten erweitern und klarer strukturieren. Wir wollen Anreize für Ausgründungen durch Unternehmen und Hochschulen schaffen. Und vor allem muss die öffentliche Verwaltung bei der Digitalisierung eine Vorbildfunktion übernehmen. Staatliche Dienstleistungen müssen innovativ sein und den Bürgerinnen und Bürgern eine leichte Bedienbarkeit und Zeitersparnis bieten, indem sie konsequent aus ihrer Perspektive gedacht und entwickelt sind. Aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung müssen mit einer IT ausgestattet sein, die modern und fehlerfrei arbeitet. Wir wollen daher auch bei der Digitalisierung der Verwaltung immer auf der Höhe der Zeit sein und in der Planung bürgernehe Leistungen entwickeln. Um dies zu leisten, braucht die Stadt mehr eigene IT-Experten, die wir für die Behörden gewinnen wollen.

Die Gesundheitswirtschaft: Hamburgs Hidden Champion

Die Gesundheitswirtschaft und der Bereich Life Science gehören zu den größten und mit derzeit rund 180.000 Beschäftigten am schnellsten wachsenden Branchen in Hamburg. Die Gesundheitswirtschaft ist daher ein unverzichtbarer Bestandteil einer wirtschaftlichen Zukunftsstrategie für Hamburg. Eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens lehnen wir ab. Wir setzen uns für eine sichere, innovative und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Hamburg ein und wollen gleichzeitig die großen Potenziale der Gesundheitswirtschaft für Innovationen, hochqualifizierte Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum in der Metropolregion Hamburg fördern. Dazu werden wir die Gesundheitswirtschaft eng in die Digitalisierungsstrategie einbinden, die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft verbessern, mit einer stärkeren Kooperation mit Schleswig-Holstein den Cluster Gesundheitswirtschaft ausbauen, die Neuansiedlung von Unternehmen der Gesundheitswirtschaft fördern, dem absehbaren Fachkräftebedarf durch gezielte Ausbildungs- und Anwerbestrategien begegnen und die internationalen Potenziale der Hamburger Gesundheitswirtschaft stärken.

Erneuerbare Energien: Chance für die Zukunft

Wir wollen Hamburg zu einem Labor für Smart Energy machen. Daher wollen wir Energiespeicherkapazitäten bei Unternehmen, in Wohngebäuden und bei Fahrzeugen ausbauen und durch Dual-Energy-Systeme Anreize schaffen, überschüssige regenerative Energie anstelle von fossilen Energieträgern zu nutzen. Außerdem müssen zusätzliche Anreize geschaffen werden, Abwärme industrieller Produktion verstärkt für die Beheizung von Wohnungen zu nutzen. Wir setzen darauf, überschüssige Strommengen durch Verfahren wie Power-to-Gas und Power-to-Heat besser zu nutzen und zu speichern. Die Förderung von Großprojekten wie der Norddeutschen EnergieWende 4.0 durch das von der CDU geführte Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ist dabei der richtige Weg.

Welcome to Hamburg: Die Tourismuswirtschaft

Mit mehr als sieben Millionen Touristen pro Jahr gehört Hamburg zu den beliebtesten Touristendestinationen in Deutschland. Davon profitiert die Hamburger Wirtschaft mit rund 88.000 direkten Arbeitsplätzen. Gerade im Servicebereich gibt es zahlreiche Einstiegsmöglichkeiten für Geringqualifizierte und Berufseinsteiger, denen damit eine gute Integration in den Arbeitsmarkt und eine dauerhafte sowie nicht verlagerbare Beschäftigung ermöglicht wird. Wir möchten Hamburg noch attraktiver machen. Die Hamburger Tourismuswirtschaft soll quantitativ, aber vor allem qualitativ wachsen. Nicht nur Gäste von außerhalb, sondern jede Bürgerin und jeder Bürger soll von der Gastfreundschaft, Aufenthaltsqualität und Attraktivität Hamburgs profitieren. Das Gastronomieangebot, insbesondere in den Abendstunden, muss deutlich ausgebaut und vielseitiger gestaltet werden. An wassernahen Plätzen wie Brücken und Fleeten sowie in der City sollen sich mehr Restaurants und Cafés ansiedeln können. Vor allem die Binnenalster wollen wir zu einem gastronomischen und touristischen Anziehungspunkt weiterentwickeln. Eine neu zu gestaltende Alsterpromenade werden wir umsetzen. Kultur- und Sportveranstaltungen von internationalem Rang müssen gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen in unserer Stadt herrschen, um Hotel- und Gastronomiebetrieben ausreichend Anreize zur Ansiedlung in Hamburg zu bieten. Den Kreuzfahrtstandort Hamburg werden wir mithilfe von guten und emissionsarmen Kreuzfahrtterminals stärken. Wir wollen die Rahmenbedingungen am Flughafen verbessern, damit Airlines ihre Destination in Hamburg behalten und sich gegebenenfalls weitere Airlines für Hamburg entscheiden. Langfristig muss es das Ziel sein, das Angebot an Direktverbindungen von und nach Hamburg weiter auszubauen und dabei wieder eine direkte Transatlantikverbindung zu schaffen. Weitergehende Nachtflugverbote lehnen wir ab. Bestehende Regeln wie die zur Bahnenutzung müssen hingegen konsequent eingehalten und die Zahl verspäteter Starts und Landungen nach 23 Uhr muss spürbar reduziert werden. Hamburg Card App und Hamburg Tourismus App müssen zusammengeführt werden. Alle Mobilitätsangebote der Stadt sollen in dieser App zu finden sein.

Die Willy-Brandt-Straße schneidet die Innenstadt von der Speicherstadt/HafenCity ab. Daher soll geprüft werden, ob sie unter die Erde verlegt werden kann, um mehr Ruhe und mehr Raum in der City zu bekommen.

Messe- und Medienstandort Hamburg: Marketing für unsere Stadt

Mit dem Umbau des Congress Center Hamburg (CCH) geht unsere Stadt grundsätzlich einen richtigen Schritt zur Förderung des Kongress- und Messestandorts. Gemeinsam mit Hamburg Invest und der Handelskammer, aber auch mit den verschiedenen Innovationsclustern wollen wir weitere Themen möglicher Messen identifizieren, mit denen wir nicht nur Fachbesucher, sondern auch andere Interessierte zur Teilnahme anregen und bei Unternehmen, Verbänden, Organisationen und Wissenschaft gezielt für den Standort Hamburg werben.

Wir wollen, dass Hamburg auch weiterhin einer der bedeutendsten Medien- und Agenturstandorte Deutschlands bleibt. Durch die gezielte Vermarktung des Standorts wollen wir erreichen, dass sich Unternehmen der Digital- und Medienbranche in Hamburg neu ansiedeln. Gleichzeitig gilt es, eine Abwanderung bestehender Unternehmen zu verhindern.

Tragende Säule der Wirtschaft: Der Mittelstand

Der Mittelstand, einschließlich Handel und Handwerk, ist die tragende Säule der Hamburger Wirtschaft. Wir fördern die Weiterbildung und unterstützen den Mittelstand bei der Internationalisierung und Digitalisierung und laden Handels- und Handwerkskammer ein, einen gemeinsamen Masterplan „Mittelstand 2030“ zu erarbeiten.

Wir wollen die Attraktivität der Hamburger Innenstadt erhöhen und so den ansässigen Einzelhandel stärken. Kleinere, inhabergeführte Geschäfte, die zunehmend durch die Konkurrenz des Onlinegeschäfts bedroht sind, müssen gezielt entlastet werden. Hierzu möchten wir gemeinsam mit Kammern und Verbänden Lösungsansätze erarbeiten, indem zum Beispiel die Kommunalabgaben gesenkt werden.

Außerdem beabsichtigen wir, die duale Ausbildung mit noch besseren Berufsschulen und mehr Wohnheimplätzen für Auszubildende zu fördern.

Partnerschaften zwischen Schulen und Betrieben sollen dazu beitragen, junge Menschen für das Handwerk zu begeistern. Dabei soll ein Programm für die Förderung von Auszubildenden eingerichtet werden, das besonders motivierte und begabte Auszubildende finanziell und geistig fördert und sie gezielt auf Bachelor- und Masterstudiengänge vorbereitet. Wir wollen die Gebühren für Meisterschulen erstatten. Denkbar ist hier ein Modell, das eine Verrechnung der Gebühren mit Gemeinde- oder Landessteuern (zum Beispiel Gewerbesteuer) vorsieht, wenn die Entscheidung für einen Arbeitsplatz oder eine Betriebsgründung später auf Hamburg fällt.

Damit Handwerker nicht aus Hamburg verdrängt und Fahrwege kurzgehalten werden, setzen wir uns für Gewerbeflächen zu fairen Konditionen und für Handwerkerhöfe ein, die auch in Wohngebieten angesiedelt werden können. Außerdem wollen wir eine Regelung schaffen, die Handwerkern das Parken am Einsatzort erleichtert, indem zum Beispiel spezielle temporäre Parkzonen eingerichtet oder unbürokratische, für mindestens ein Jahr geltende Ausnahmegenehmigungen erteilt werden.

Fit für die Zukunft: Hamburgs Infrastruktur verbessern

Staus und Umwege kosten viel Zeit und Geld und verursachen zusätzliche Emissionen und Lärm. Im Jahr 2018 stand laut einer Studie jeder Mensch in Hamburg durchschnittlich fast sechs Tage im Stau. Umfassende Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und eine effiziente Steuerung von Güter- und Lieferverkehren sind daher dringend notwendig. Wichtig sind zudem eine effiziente Baustellenkoordinierung in der Metropolregion, Mehrschichtbetriebe, ein Bonus-Malus-System für eine schnellere Fertigstellung und die Einführung eines Verkehrsmodells für Hamburg, mit dem alle Projekte und Maßnahmen im Straßenverkehr simuliert und berechnet werden können. Für eine deutliche Reduzierung des Schwerlastverkehrs im Stadtkern müssen die Planungen der gesamten A26 von Stade über die A7 bis zur A1 (vor allem der A 26-Ost/Hafenpassage), der Ausbau der A1 und der A7 sowie der Weiterbau der A20 zügig umgesetzt werden. Wir setzen uns für den Bau eines

Tunnels zur Köhlbrandquerung ein, da diese Variante Vorteile hinsichtlich der Lebenszeit, der Instandhaltungskosten und der Möglichkeit automatisierter Warenverkehre bietet. Zusätzlich muss der Hafenhinterlandverkehr verstärkt auf die Schiene und die Binnenschifffahrt verlegt werden.

In diesem Sinne muss alles darangesetzt werden, dass der Ausbau der Bahntrassen auch auf deutscher Seite pünktlich bis zur Fertigstellung der Fehmarnbeltquerung abgeschlossen ist. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Bahninfrastruktur im Eisenbahnknoten Hamburg, insbesondere im Bereich Hauptbahnhof, ausgebaut wird. Für eine noch bessere Anbindung Hamburgs werden wir uns für einen leistungsfähigen Aus- beziehungsweise Neubau der Bahntrasse zwischen Hamburg und Hannover einsetzen, um die Kapazitäten für den Hafenhinterlandverkehr, den Nahverkehr für Pendlerinnen und Pendler und zusätzliche Kapazitäten und Fahrzeitverkürzungen für den Schienenpersonenfernverkehr zu erweitern. Auch für den Ausbau der Binnenschifffahrtsinfrastruktur, wie einer neuen Schleuse in Lüneburg, werden wir uns einsetzen.

Wir wollen in Hamburg die beste Infrastruktur für Wertschöpfung und Innovation in Übereinstimmung mit international führenden Umweltstandards aufbauen. Wenn wir das beste Breitbandnetz, den besten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), die beste Energieversorgung und Versorgungssicherheit, die besten Hochschulen, die beste 5G-Netzabdeckung und – ganz generell – erstklassige öffentliche Einrichtungen haben, die leistungsfähig und für Unternehmen ebenso wie für Bürgerinnen und Bürger bezahlbar sind, werden wir den Wirtschaftsstandort Hamburg voranbringen, aber auch den sozialen Zusammenhalt stärken und die Umwelt in der Stadt verbessern. Zentrale Voraussetzung für eine beschleunigte Realisierung großer Infrastrukturvorhaben ist die Modernisierung des Planungsrechts. Bedeutsame Planverfahren sollten künftig durch die jeweiligen Landesparlamente beziehungsweise den Bundestag beschlossen und das sogenannte Verbandsklagerecht eingeschränkt werden. Wir wollen hierfür die erforderlichen landesgesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen und bundesgesetzliche Änderungen anstoßen.

Die digitale Transformation betrifft nicht nur die Privatwirtschaft. Auch die öffentliche Hand ist in der Pflicht, mithilfe digitaler Lösungen in der Entscheidungsfindung, im Verwaltungshandeln, in der Interaktion mit Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen sowie in

der Organisation öffentlicher Leistungen agiler und transparenter zu werden. Wir wollen, dass die Verwaltung gemeinsam mit privatwirtschaftlichen Akteuren Technologien im Rahmen von Test- und Pilotprojekten erprobt.

Wirtschaftsmetropole bedeutet Wissenschaftsmetropole

Der Hamburger Hochschul- und Wissenschaftsstandort hat in der letzten Zeit durchaus einige Erfolge im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zu verzeichnen. Außerdem wurden wichtige Vorhaben wie die Innovationsparks, der Ausbau der Technischen Universität Hamburg (TUH) und die Science City auf den Weg gebracht. Diese Fortschritte sind gut, aber ausreichend sind sie nicht. Wissenschaft und Gründerszene müssen zusammenkommen – auf jeden Quadratmeter für Universitäten müssen zwei Quadratmeter für neue Gründerzentren folgen.

Wir wollen die Metropolregion Hamburg zu einem international führenden Standort für Hochschulen, Wissenschaft und Forschung in technologisch-wissenschaftlichen und gründerrelevanten Teilbereichen ausbauen, um die Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen. Außerdem ist es unser Ziel, Spitzenwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus der ganzen Welt anzuwerben und neue Professuren in den innovationsrelevanten Wissenschaftsdisziplinen einzurichten.

Die Metropolregion Hamburg muss ein Magnet für Start-ups werden. Dafür ist der Ausbau von Gründerförderungen, die Förderung von sogenannten Innovation Hubs und Clustern sowie eine Offenheit für unternehmerische Ideen und Konzepte eine wesentliche Voraussetzung. Wir wollen an den Hochschulen Anreize für Ausgründungen schaffen, Lehrstühle für Unternehmertum und ein Center for Entrepreneurship einrichten.

Den Ausbau des Angebots an Wohnheimplätzen und die Sanierung der Hochschulen und Mensen werden wir beschleunigen.

Arbeitskräfte halten – Fachkräfte für Hamburg begeistern

Nur wenn es gelingt, Arbeits- und Fachkräfte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie IT-Spezialistinnen und -Spezialisten für die Metropolregion Hamburg zu gewinnen und hier zu halten, bleiben wir wirtschaftlich stark und sind bereit, die zukünftigen Herausforderungen zu meistern.

Wir wollen eine gemeinsam mit den Nachbargemeinden abgestimmte Wohnungs- und Verkehrsstrategie entwickeln, die das Leben und Arbeiten in und um Hamburg so attraktiv wie möglich macht. Daher setzen wir uns für gezielte Aus- und Weiterbildung, mehr Wohnheimplätze für Auszubildende und qualifizierte Zuwanderung ein, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Wir unterstützen flexible Arbeitszeitmodelle, damit Beruf mit Familie und Pflege vereinbart werden kann.

Für den öffentlichen Dienst brauchen wir bestmöglich geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Investitionen in die Fort- und Weiterbildung und die Steigerung der Attraktivität der Verwaltung als Arbeitgeber sind dafür unumgänglich.

2. Zusammen sicher leben

Alle Hamburgerinnen und Hamburger haben Anspruch darauf, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und eigene Potenziale entfalten zu können – in Sicherheit und Freiheit. Sicherheit ist eine zentrale Voraussetzung für Freiheit, für ein friedliches Zusammenleben und das Vertrauen in unseren Rechtsstaat. Dazu gehört vor allem der Schutz vor Kriminalität, Terror, Gewalt und der Schutz der Privatsphäre. Wir fordern eine konsequente Anerkennung und Beachtung unserer Gesetze und setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der die zentralen Werte geteilt werden. Der Rechtsstaat wird konsequent eingreifen, wo dies nicht erfolgt.

Hamburg wächst und damit wachsen auch die Gefahren und die Anforderungen an die Sicherheitsbehörden. Hamburg braucht deshalb eine Polizei, einen Verfassungsschutz und eine Feuerwehr, die mitwachsen und optimal ausgestattet sind. Dazu gehört für uns die

Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und eine Metropolzulage, um den höheren Lebenshaltungskosten in Hamburg Rechnung zu tragen.

Das Leben in Hamburg sicherer machen – Polizei und Verfassungsschutz stärken

In den letzten Jahren ist die Zahl der Straftaten in ganz Deutschland erfreulicherweise rückläufig. Trotzdem weist Hamburg im Bundesländervergleich nach Berlin noch immer die meisten Straftaten pro 100.000 Einwohner in der Bundesrepublik auf (11.941, Bundesschnitt: 6.710) und hat mit nur 45,8 Prozent die zweitschlechteste Aufklärungsquote (Bundesschnitt: 57,7 Prozent). Die Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden, ist nirgends so groß wie in Hamburg (und Berlin) und das Risiko für Straftäter, erwischt zu werden, ist nirgends so gering wie in Hamburg (und Berlin).

Die Polizei muss in die Lage versetzt werden, jederzeit und überall auf aktuelle Kriminalitätsphänomene und -schwerpunkte wirksam reagieren zu können. Dafür wollen wir in ausreichend Personal, in die Qualität der Ausstattung und in die Aus- und Weiterbildung der Polizei investieren sowie an geeigneten Stellen weitere sogenannte mobile Polizeidienststellen einrichten. Mit uns wird es den „digitalen Streifenwagen“ und eine flächendeckende digitale Ausstattung geben. Zusätzlich muss auch die Kriminaltechnik besser finanziert werden, weil viele Straftaten erst durch Erkenntnisse aus Wissenschaft und Technik aufgeklärt oder bewiesen werden können. Die Polizei braucht die richtigen Befugnisse, um Straftaten wirksam verhindern und Täter schneller ermitteln zu können. Dazu gehört die Onlinedurchsuchung, damit das Internet kein rechtsfreier Raum ist.

Außerdem wollen wir den Videoschutz an öffentlichen Plätzen, auf den Straßen und im Umfeld von Haltestellen, Parkhäusern und Fahrradabstellflächen ausbauen. Öffentliche Wege und Plätze müssen zudem besser beleuchtet werden. Mit einem umfassenden Ansatz wollen wir sogenannte Angsträume verhindern. Für mehr Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in unserer Stadt wollen wir den Bezirklichen Ordnungsdienst wieder einführen, den die SPD im Jahr 2014 ersatzlos abgeschafft hat. Damit erhalten die Bezirke die Möglichkeit, die Lebensqualität vor Ort zu bessern. Gleichzeitig wird die Polizei entlastet, um ihre Hauptaufgaben besser erfüllen zu können. Hamburg braucht zudem mehr hochquali-

fizierte IT-Expertinnen und -Experten. Denn es darf nicht sein, dass Kriminelle, die im Internet unterwegs sind, der Polizei häufig einen Schritt voraus sind.

Die Bezahlung muss erhöht und eine vernünftige berufliche Perspektive gegeben werden, um sie für den Dienst in unserem Stadtstaat zu begeistern. Wir werden eine Cyberstrategie für Polizei, Justiz und Verfassungsschutz einführen, um Straftaten bereits präventiv in der digitalen Welt zu verhindern. Konkret werden wir zum Beispiel eine Cyberstreife als eigene Einheit in der Hamburger Polizei etablieren, die das Internet analog zum bekannten Streifendienst bestreift. Einer Lockerung des Vermummungsverbots bei Demonstrationen erteilen wir eine klare Absage. Mit einem modernen Versammlungsgesetz für die Freie und Hansestadt Hamburg wollen wir erreichen, dass – anders als es der Rückgriff auf das Bundesversammlungsgesetz von 1978 zurzeit erlaubt – unsere Sicherheitskräfte den besonderen Anforderungen großstädtischer Infrastruktur gerecht werden und Antworten auch auf digitale Herausforderungen geben können. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer ist eine neue Definition des Versammlungsbegriffs und dessen Grenzen erforderlich. Die von SPD und Grünen eingeführte Kennzeichnungspflicht wollen wir wieder abschaffen und so das Vertrauen in unsere Polizei bekräftigen.

Das Verhindern terroristischer Anschläge und extremistischer Taten hat weiterhin hohe Priorität. Wir werden die Sicherheitsbehörden mit wirksameren Befugnissen und Techniken ausstatten, um den sehr gefährlichen Personenkreis der extremistisch motivierten Gefährderinnen und Gefährder zukünftig noch besser überwachen zu können. Dazu gehört die Onlinedurchsuchung für den Verfassungsschutz, der mit diesem Instrument die Gefahren erkennen und Anschläge verhindern kann. Wir wollen außerdem Maßnahmen ergreifen, um ausreisepflichtige Straftäterinnen und Straftäter sowie Gefährderinnen und Gefährder schnellstmöglich abzuschieben. Der Datenaustausch zwischen Ausländerbehörde und Staatsanwaltschaft muss darüber hinaus dringend verbessert werden. Sicherheits- und Sozialbehörden müssen bei begründetem Verdacht alle relevanten Daten austauschen können. Dies gilt insbesondere für die Speicherung von Daten über Minderjährige und deren Weitergabe an andere öffentliche Stellen (zum Beispiel Legato), um Kinder aus schwerkriminellen oder terroristischen Familien schützen zu können.

Wir wollen eine qualifizierte Leichenschau einführen, damit Tötungsdelikte nicht unerkannt bleiben und die Datenbasis von Krankheiten und ihren Verläufen verbessert und medizinischer Fortschritt gesichert wird.

Wir wollen außerdem unsere Rechtsmedizin weiter stärken, indem wir die Voraussetzungen schaffen für eine bessere, schnellere und umfassende digitale Autopsie, die neben einer Foto- und Videodokumentation unter anderem auch Computertomografie, Magnetresonanztomografie und Endoskopie umfasst.

Auch im Notfall gut aufgehoben sein – Feuerwehr und Hilfsorganisationen verbessern

Für die Sicherheit der Hamburgerinnen und Hamburger sind neben Polizei und Verfassungsschutz auch die Feuerwehr und die Hilfsorganisationen wichtig. Sie treffen allerdings nur in durchschnittlich 65 Prozent aller Fälle innerhalb der vorgegebenen Hilfsfristen am Einsatzort ein. Wir wollen, dass Hamburgs Bürgerinnen und Bürger sicher leben, egal in welchem Stadtteil. Deshalb werden wir das Personal aufstocken, das Standortkonzept der Feuerwehr aktualisieren, nach Bedarf neue Feuerwehrewachen einrichten und bestehende schneller sanieren. Ebenso setzen wir uns für eine konsequente Nachwuchsförderung und die Unterstützung des Ehrenamtes in der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg ein. Der Schutz derjenigen, die für unsere Sicherheit ihre Gesundheit und Leben riskieren, hat für uns höchste Priorität. Dies gilt für den Schutz vor gewalttätigen Angriffen und auch für das erhöhte Krebsrisiko infolge einer Kontamination durch Brandrauch. Wir setzen die erforderlichen Schutzmaßnahmen (Schwarz-Weiß-Trennung, Einsatzhygiene) ohne Abstriche um.

Die Bundeswehr in die Mitte der Gesellschaft holen – Für öffentliche Veranstaltungen in Hamburg

Die Bundeswehr als Parlamentsarmee gehört in die Mitte der Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Veranstaltungen der Bundeswehr zukünftig auch an allgemein öffentlichen Orten stattfinden. Dies gilt beispielsweise für die Durchführung der jährlichen

Leutnantsbeförderung der Offiziersanwärterinnen und -anwärter der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg.

Extremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit den Kampf ansagen – Integration fördern

Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität, Offenheit und Toleranz, die Achtung der Würde, des Selbstbestimmungsrechts und der Eigenverantwortlichkeit eines jeden sind die tragenden Säulen unserer Gesellschaft. Wir wollen jede Art von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus bekämpfen. Intoleranz und Hass in der Gesellschaft akzeptieren wir nicht. Unsere Gesellschaft lebt vom Respekt und Schutz von Minderheiten und Andersdenkenden sowie von der Pluralität der Meinungen, auch wenn sie einem selbst nicht passen. Für Antisemitismus gibt es in Hamburg keinen Platz. Wir wollen nach hessischem Vorbild Lotzen zur Antisemitismus- und Extremismusprävention an Schulen aufbauen. Ganz unabhängig davon, ob Extremismus links- oder rechtsextrem oder religiös motiviert ist – wer gegen unsere Rechtsordnung verstößt, den werden wir mit Entschiedenheit und allen Mitteln des Rechtsstaats verfolgen.

Die schrecklichen Bilder linksextremer und terrorähnlicher Angriffe auf unsere Stadt während des G20-Gipfels dürfen sich nicht wiederholen. Im Kampf gegen den Extremismus setzen wir deshalb auf Prävention und Repression sowie auf einen Rechtsstaat, der auf keinem Auge blind ist. Immer mehr verfassungsfeindliche Gruppierungen versuchen, ihre extremistischen Positionen über die gezielte und strategische Besetzung gesellschaftlich akzeptierter Themen zu verbreiten. Diese Entgrenzung ist eine neue Gefahr, der unser wehrhafter Rechtsstaat entgegentreten muss.

Wir wollen, dass Hamburg eine moderne, weltoffene und lebendige Stadt bleibt. Wir begrüßen unsere Gäste sowie Neu-Hamburgerinnen und Neu-Hamburger bei uns. Sie bereichern Hamburg mit neuen Impulsen, schaffen Arbeitsplätze und besetzen Stellen, wo händierend nach Personal gesucht wird. Aus Überzeugung helfen wir zudem den Schutzsuchenden, die einen Anspruch auf Hilfe haben. Aber Selbstverständliches muss klar sein: Wir heißen diejenigen willkommen, die sich an unsere Gesetze und Regeln halten und die sich anstrengen, zum Wohlstand, zur Freiheit und zur positiven Entwicklung aller beizutragen.

gen. Wir fordern ein rechtstreu Verhalten ein. Kriminalität wird nicht geduldet. Rechtsfreie Räume werden nicht akzeptiert. Die Bekämpfung der organisierten sowie der Clan-Kriminalität werden wir gezielt angehen.

Die staatlichen Verfahren zur Prüfung des Aufenthaltsrechts müssen perfektioniert werden, um schnell und transparent Entscheidungen treffen zu können. Diese Verfahren müssen dazu beitragen, Schutzsuchenden, die berechtigt sind, Hilfe zukommen zu lassen und diejenigen, die keinen Anspruch haben, umgehend zurückzuweisen. Darüber hinaus wollen wir, dass sich Hamburg im Bundesrat für die Ausweitung der sicheren Herkunftsländer einsetzt.

Den zwischen der Stadt Hamburg und dem Ditib-Landesverband Hamburg bestehenden Vertrag werden wir kündigen. Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Vertrags können aufgenommen werden, wenn sich Ditib deutschlandweit der strukturellen Einflussnahme des türkischen Staates dauerhaft entzieht und insbesondere seine satzungsmäßige, personelle und finanzielle Unabhängigkeit vom türkischen Staat erklärt und vollzieht. Der Vertrag mit der SCHURA Hamburg wird ebenfalls unverzüglich gekündigt. Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Vertrags können aufgenommen werden, wenn gewährleistet ist, dass der Vorstand der SCHURA nicht mehr mit Vertretern eines reaktionären politischen Islam besetzt ist.

Vertrauen in den Rechtsstaat stärken – Unabhängigkeit der Justiz verbessern

Die im Vergleich zu anderen Bundesländern hohe Kriminalitätsrate und die großstädtischen Herausforderungen, wie Drogen- und Menschenhandel, organisierte Kriminalität und Geldwäsche, erfordern eine handlungsfähige, flexible und schnell agierende Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaften und Justizverwaltung.

Wir müssen das Hamburger Justizwesen zukunftsfest machen. In einer sich schnell verändernden Welt müssen rechtzeitig und zügig Maßnahmen ergriffen werden, um mit der Entwicklung von Kriminalität und Rechtsfragen Schritt zu halten. Niemand weiß besser um die Notwendigkeiten im Justizwesen als das Justizvollzugspersonal, die Servicekräfte, die Richterinnen und Richter sowie die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Die CDU Ham-

Hamburg will daher der Justiz die Möglichkeit einräumen, einen eigenen Haushalts- und Stellenplan aufzustellen, der der Bürgerschaft vorgelegt und von ihr genehmigt wird. Die Aufstellung des Haushalts- und Stellenplans sowie das Beförderungswesen sollen in die Hände einer unabhängigen Justizkommission gelegt werden. Diese Vorgehensweise ist internationaler Standard.

Wir wollen der Hamburger Justiz und damit auch dem Bereich der inneren Sicherheit mehr Handlungsspielraum verschaffen. Hamburg soll das erste Bundesland werden, in dem die dritte Gewalt wirklich unabhängig ist. Unser Ziel ist ein starker Rechtsstaat, dem die Bürgerinnen und Bürger uneingeschränkt vertrauen können.

Ein CDU-geführter Senat wird sich dafür einsetzen, auf Bundesebene das Weisungsrecht der Justizministerinnen und -minister gegenüber den Staatsanwaltschaften zu evaluieren und die Einführung der funktionellen Unabhängigkeit von Staatsanwältinnen und Staatsanwälten zu überprüfen. Ein solches Vorhaben zieht die Lehren aus einem Urteil des EuGH, dass die Staatsanwaltschaften in Deutschland nicht über die notwendige Unabhängigkeit verfügen, um europäische Haftbefehle zu vollstrecken. Ziel ist es, durch erhöhte Eigenständigkeit und Flexibilität die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden zu verbessern. Nur wenn Polizei und Justiz am selben Strang ziehen, kann der Rechtsstaat unabhängig bleiben.

Ob Diebstahl, Betrug, Körperverletzung oder Verkehrsdelikte – die überwiegende Anzahl der Straftaten stammt aus dem Bereich der leichten bis mittleren Kriminalität. Diese Verfahren werden in der Hauptabteilung II (Amtsanwaltschaft) der Staatsanwaltschaft bearbeitet. Trotz des Stellenaufbaus bei der Staatsanwaltschaft insgesamt bleibt die Bekämpfung der Alltagskriminalität vielfach auf der Strecke, weil die Amtsanwaltschaft völlig überlastet und unterbesetzt ist. Dies werden wir ändern.

Hamburg soll eine Staatsanwaltschaft bekommen, die modern und effizient gegen Straftäter ermittelt und zur Verantwortung zieht. Denn die Arbeit der Polizei ist langfristig nur erfolgreich, wenn Täter auch entsprechend verurteilt werden. Zur Bekämpfung von Cyberkriminalität müssen mehr IT-Experten bei der Staatsanwaltschaft arbeiten. Offene Stellen bei der Staatsanwaltschaft müssen umgehend besetzt werden.

Straftaten dürfen sich nicht lohnen. Deshalb wurde im Strafrecht die sogenannte Vermögensabschöpfung eingeführt, die sicherstellen soll, dass der rechtswidrig erlangte Vorteil nicht beim Täter verbleibt. Zum 1. Juli 2017 gab es eine sinnvolle und umfangreiche Reform, die jedoch zu einer deutlichen Mehrbelastung insbesondere für die bei der Staatsanwaltschaft tätigen Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger führte. Es ist daher dringend erforderlich, dort Personal aufzustocken. Viele Stellen in der Justiz sind bereits jetzt unbesetzt. In den nächsten Jahren scheidet eine hohe Anzahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Altersgründen aus. Fehlendes Personal belastet die Zuverlässigkeit des Rechtsstaats und verlängert die Verfahrensdauer in teilweise unzumutbarer und rechtsstaatsgefährdender Weise. Die Aufstockung der Stellen für Richterinnen und Richter muss fortgesetzt werden. Die Personalsituation in den Geschäftsstellen muss erheblich verbessert werden; Servicekräfte, die von extern eingestellt werden, müssen vernünftig qualifiziert werden und berufliche Perspektiven erhalten. Die Fluktuation muss verringert werden. Zudem brauchen wir mehr Gerichtsvollzieher, um deren Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Zwangsvollstreckungen in Hamburg zu sichern.

Die gesamte hamburgische Justiz muss wie die gesamte Verwaltung als Arbeitgeber attraktiver werden, um qualifizierte Nachwuchskräfte zu gewinnen. Dies gilt vor allem auch für die Rechtspflege, den Gerichts- und den Justizvollzug. Dazu brauchen wir unter anderem Wohnheime für Anwärtnerinnen und Anwärtner sowie für Auszubildende. Außerdem wollen wir eine höhere Vergütung für Rechtsreferendarinnen und -referendare, die trotz der hohen Lebenshaltungskosten in Hamburg im bundesweiten Vergleich am wenigsten verdienen.

Wir brauchen dringend bessere Arbeitsbedingungen und mehr Beförderungsoptionen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug (Anhebung und Ruhegehaltstfähigkeit der Stellenzulage, Einführung der Heilfürsorge).

Eine gelingende Resozialisierung ist der beste Opferschutz: Hamburgs Justizvollzugsanstalten müssen drogenfrei werden.

Wir wollen zudem die Zahl der Plätze in Wohnheimen und Wohnprojekten unter sozialpädagogischer Betreuung für Haftentlassene aufstocken.

Das Recht soll in Hamburg immer aufseiten seiner Bürgerinnen und Bürger stehen. Dazu zählt auch, dass ihr Anspruch, um Rechtsschutz vor Gerichten nachzusuchen, ernst genommen und effizient umgesetzt wird. Gerichtsverfahren müssen beschleunigt werden. Darüber hinaus muss die Möglichkeit verbessert werden, in Hamburg einen zusätzlichen Rechtsschutz zu erlangen. In Zusammenarbeit mit der Handelskammer, der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer und dem Verein Rechtsstandort Hamburg e.V. sollen Mediation und Schiedsgerichtsbarkeit ausgebaut werden. Die Ausbildung von Mediatorinnen und Mediatoren sowie Schiedsrichterinnen und Schiedsrichtern soll gefördert werden, um die Justiz zu entlasten, Verfahren zu beschleunigen und den Bürgerinnen und Bürgern schnell zu ihrem Recht zu helfen.

Hamburg soll sich als „Hauptstadt des Rechts“ positionieren. Neben dem Internationalen Seegerichtshof wollen wir uns um weitere nationale und internationale Schiedsverfahren bemühen.

Den Leidtragenden mehr Beachtung schenken – Opferschutz ausbauen

Wir wollen nicht nur die Straftaten effizienter verfolgen und Täterinnen und Täter konsequent zur Rechenschaft ziehen, sondern auch den Opfern besser helfen. Wir wollen die Opferhilfe in Kooperation mit den Opferschutzorganisationen ausweiten, um allen Opfern bestmöglich zu helfen, insbesondere den Opfern von Wohnungseinbrüchen, Stalking, häuslicher Gewalt und Menschenhandel. Außerdem wollen wir zusätzliche Mittel für die Schadenswiedergutmachung für Opfer zur Verfügung stellen. Den Opfern von Alltagskriminalität und Straftaten im Internet wollen wir bessere Beratungsmöglichkeiten und Hilfsangebote anbieten.

Frauen, die von Gewalt betroffen sind, leiden nicht nur selbst schwer, sondern fallen auch als zuverlässige Stütze für ihre Kinder weg. Gewalt gegen Frauen und Kinder zerstört daher eine Gesellschaft von innen. Wenn Kinder erleben, dass ihrer Mutter Gewalt angetan wird, werden sie selbst traumatisiert. Die Auswirkungen von Gewalt werden auf diese Weise oft von einer Generation zur nächsten weitergegeben. Wir wollen Frauen und Kinder besser vor Gewalt schützen und den Opfern zuverlässig helfen. Das beginnt bei der Finanzierung und

Ausstattung von Frauenhäusern und Frauenunterstützungsinitiativen, geht über Initiativen zur Gewaltprävention im Jugendalter bis zu Ausstiegshilfen für Prostituierte. Die Ausbeutung von Prostituierten werden wir aktiv bekämpfen.

Gewaltbedingte Traumata und Belastungen aus der Kindheit haben oft einen lebenslangen Einfluss. Diese Kinder haben sehr viel schlechtere Startchancen und werden deutlich häufiger zu Schulabbrechern. Daher sind die Prävention und der Schutz vor Gewalt gegen Kinder für uns zentrale Anliegen. Wir werden dem Kinderschutz eine zentrale Rolle in Hamburgs Politik einräumen. Jeder Euro, der in einen wirksamen Kinderschutz investiert wird, zahlt sich menschlich aus. Wir können noch so viel in Bildung und Wissenschaft investieren, werden aber scheitern, wenn wir die Menschen verlieren, die von Gewalt, Vernachlässigung und Missbrauch in ihrer Kindheit und Jugend geprägt wurden. Sie brauchen unsere gezielte und wirksame Unterstützung, um ihre Traumata zu überwinden. Daher werden wir auch Traumatherapien und -zentren fördern.

Kinderschutz darf nicht an administrativen Defiziten oder an zu wenig Personal scheitern. Zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder werden wir die Qualifikation aller Berufsgruppen intensivieren, die im Kinderschutz involviert sind. Das betrifft die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamts und sozialer Einrichtungen, die Polizei, Verfahrensbeistände, Umgangspflegekräfte, Sachverständige und Familienrichterinnen und -richter, aber auch Pädagoginnen und Pädagogen in Schulen und Kindergärten sowie Ehren- und Hauptamtliche in Vereinen und Religionsgemeinschaften. Damit Sachverständige in familiengerichtlichen Verfahren bestmöglich ausgebildet werden und Forschung in diesem Bereich vorangetrieben wird, wollen wir einen Lehrstuhl für Rechtspsychologie sowie ein Institut zur Qualitätsentwicklung in familiengerichtlichen Verfahren etablieren. An diesem sollen auch Curricula für die Aus- und Fortbildung von Familienrichterinnen und -richtern entwickelt werden. Wir werden die Kooperation und die Kommunikation zwischen den professionellen Akteuren wie Jugendamt, Polizei und Gerichten verbessern. Zur Prävention von Gewalt, Mobbing und sexuellen Übergriffen zwischen Gleichaltrigen werden wir speziell auf Peer-to-Peer-Gewalt ausgerichtete Präventionsprogramme an Schulen und in Jugendeinrichtungen auflegen. Außerdem werden wir Fachberatungsstellen zu sexuellem Missbrauch ausbauen, insbesondere auch solche, an die sich Jungen wenden können. Wir wol-

len das Thema Prävention von sexuellem Missbrauch intensiv vorantreiben und die Vorschläge des Unabhängigen Beauftragten für sexuellen Kindesmissbrauch an allen Schulen und Bildungseinrichtungen und Krankenhäusern umsetzen.

3. Zusammen in der Stadt wohnen und leben

Hamburg ist eine wachsende Stadt. Doch Wachstum ist kein Selbstzweck. Auch ein wachsendes Hamburg muss lebenswert bleiben. Die Hamburgerinnen und Hamburger wollen sich weiter in ihrer Stadt und in ihrer Region wohlfühlen. Daher werden wir die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt in den Mittelpunkt der Stadtentwicklung stellen.

Lebensqualität fördern – Hamburg zu einer grünen und sicheren Stadt machen

Hamburgs Plätze und Straßen müssen als jeweilige „Herzen der Stadt“ so gestaltet werden, dass sie ein beliebter Aufenthaltsort für alle werden – für Alte wie Junge, für Einheimische wie Touristen, für Alteingesessene wie neu Zugezogene. Sie sollen Orte der Begegnung, des Austauschs, der Inspiration, der Besinnung, der Erholung und der Ruhe sein und die jeweilige Identität unserer Stadtteile widerspiegeln. Für uns findet Stadtentwicklung nicht nur im innerstädtischen Bereich statt, wir fördern auch außerhalb des Ring 2 aktive und lebenswerte Stadt- und Ortsteilzentren. Eine attraktive Innenstadt gehört zu jeder Metropole und ist unter anderem eine Voraussetzung für einen funktionierenden Tourismus, der viele Arbeitsplätze sichert. Daher muss neuer Wohnraum im Bereich der Innenstadt geschaffen werden. Wir wollen das Tor zur Welt bleiben und gute Gastgeber für kurzzeitige und langfristige Gäste sein. Integration und Nachhaltigkeit sind für uns feste Bestandteile unserer Stadtentwicklung. Wir stehen ein für gemischte Quartiere und Wohnraum für alle Schichten der Bevölkerung.

Hamburg ist eine grüne Stadt – diesen Charakter wollen wir bewahren. Für jede Baumaßnahme mit Versiegelung grüner Flächen soll es innerhalb der Stadt einen ökologischen

Ausgleich geben. Für jede neue Wohnung soll – wenn möglich im unmittelbaren Umfeld – ein Baum gepflanzt werden. Zusätzlich werden wir ein Programm zur Neupflanzung von 1.000 Bäumen pro Jahr auflegen. Wir wollen die Potenziale in unserer Stadt nutzen, bevor wir neue Flächen im Außenbereich der Stadt versiegeln. Hier wollen wir qualitative Grünflächen erhalten und erweitern. Hamburg hat viele Potenziale für eine dichtere und höhere Bebauung insbesondere entlang der Verkehrsachsen. Lebensqualität entsteht, wenn Leben, Wohnen und Arbeiten gemeinsam gedacht werden und urbane Quartiere entstehen. Die öffentliche Aufenthaltsqualität wollen wir über ein Netz aus Brunnen, Wasser- und Erfrischungsspendern verbessern.

Die Lebensqualität einer Stadt lässt sich daran messen, ob Kinder, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit Einschränkungen im Stadtbild sichtbar sind und sich unter ihren Mitmenschen wohlfühlen. Dafür braucht es Sicherheit auf öffentlichen Plätzen und den Abbau von Mobilitätshürden.

Damit alle Bewohnerinnen und Bewohner aktiv an den Möglichkeiten der Stadt teilhaben können, haben für uns Barrierefreiheit, Gehsteigabsenkungen und Überquerungshilfen in allen Stadtteilzentren hohe Priorität. Im Falle eines Defekts müssen Aufzüge und Rolltreppen innerhalb von 24 Stunden repariert werden. Stolperfallen auf Gehwegen müssen zeitnah saniert werden.

Mit einer „Beleuchtungsoffensive“ wollen wir gezielt gegen dunkle Ecken, Plätze, Straßen, Wege, Bahnhöfe und P+R-Anlagen vorgehen, damit auch in weniger dicht besiedelten Stadtteilen, insbesondere am Stadtrand, das Sicherheitsgefühl deutlich verbessert wird.

Mobilität und Stadtentwicklung sind unmittelbar miteinander verbunden und müssen gemeinsam gedacht werden. Eine Stadt der kurzen Wege muss ausreichend Mobilität auch ohne ein eigenes Auto gewährleisten. Dies gilt insbesondere für die nicht optimal angeschlossenen Stadtteile. Jede Straßenbaumaßnahme soll so durchgeführt werden, dass die Verkehrsbeeinträchtigungen so gering wie möglich gehalten und auch verstärkt Sicherheitsaudits durchgeführt werden, bei denen ortsfremde Planer die Planung auf Sicherheitsmängel und mögliche Optimierungen überprüfen. Die Arbeit der Unfallkommission wird gestärkt und Unfallschwerpunkte werden schneller als bisher systematisch beseitigt.

Wir verfolgen einen ganzheitlichen Stadtentwicklungsansatz mit funktionaler und sozialer Vielfalt in den Quartieren. Statt einer städtebaulichen Monokultur bevorzugen wir eine Durchmischung der Quartiere. Gewerbe- und Wohnnutzung dürfen in Hamburg nicht mehr als sich ausschließende Gegensätze begriffen werden. Eine gemischte Nutzung beispielsweise durch Gewerbe im Erdgeschoss und Wohnnutzung in den oberen Stockwerken muss bei emissionsfreien Gewerben möglich sein. Neubauten können Werkshöfe für Klein- und Dienstleistungsgewerbe mit Wohnungen kombinieren. Zudem benötigt Hamburg weitere Büro-, Handels- und Logistikimmobilien. Damit der für unsere Stadt wichtige Gewerbeimmobilienmarkt nicht weiter aus dem Blick gerät, wollen wir eine verbesserte Koordination für Gewerbeflächenentwicklung in Hamburg schaffen.

Wir wollen sicherstellen, dass zusätzlicher Wohnraum nur noch zusammen mit der notwendigen sozialen Infrastruktur errichtet wird. Der zusätzliche Platz für Schulen, Kinderbetreuung, Sportplätze und Orte der Begegnung wie Nachbarschaftszentren muss bei der Ausweisung von Bauland berücksichtigt werden. Die soziale Infrastruktur soll zeitgleich mit dem Wohnprojekt fertiggestellt werden. Wir lehnen die Pläne für die Bebauung von Oberbillwerder ab. Der Schulentwicklungsplan muss die Schülerzahlen realistisch einplanen und die Finanzierung neuer Schulbauten sicherstellen. Der bauliche Pflegenotstand soll auch durch Ausweisung spezieller Flächen für stationäre Pflegeimmobilien verhindert werden. Wir wollen für die ältere Generation ein umfangreiches Angebot an stationärer und ambulanter Pflege gewährleisten. Notwendig sind aber auch Pilotprojekte, die ein selbstbestimmtes Leben im Alter ermöglichen. Durch die technischen Möglichkeiten der Digitalisierung können wir die dezentrale Pflegeinfrastruktur verbessern, indem wir Seniorenberatung und Pflegestützpunkte miteinander verbinden. Wir brauchen eine „demografiefeste“ Stadt.

Alle Stadtteile in ganz Hamburg lebenswert machen – Nachbargemeinden einbeziehen

Hamburgs lebens- und liebenswerte Stadtteile haben eine eigene Identität und machen die Vielfältigkeit unserer Stadt aus. Der Lebensmittelpunkt von über 75 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger liegt außerhalb der Innenstadt und außerhalb des Ring 2. Unser

Stadtentwicklungskonzept ist auch ein Plädoyer für die ganze Stadt. Deshalb rücken wir die Entwicklung der äußeren Stadtteile wieder in den Mittelpunkt der Stadtentwicklung.

Jeder Stadtteil verfügt durch seine Besonderheiten über einen eigenen Charakter, der für ein Heimatgefühl sorgt. Diesen Charakter wollen wir erhalten und für die Menschen vor Ort verbessern. Dazu wollen wir die öffentlichen Plätze in den Stadtteilzentren modernisieren und verschönern. Neben der täglichen Nahversorgung (zum Beispiel Supermärkte, Ärzte und Schulen) trägt auch der richtige Mix an sozialen und kulturellen Einrichtungen wie Sportanlagen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Spielplätze, Seniorentreffs, Stadtteilkulturzentren, Quartiertreffs, Bürgerhäuser sowie Cafés und Restaurants maßgeblich zur Lebensqualität im eigenen Stadtteil bei. Dieser Mix muss daher zukünftig sowohl bei größeren Neubauprojekten als auch bei Nachverdichtungen durch Hinter- und Mehrfachbebauung strategisch mitgeplant werden.

Wir wollen privates Engagement der Wohnungswirtschaft mit einem Fonds für neue Quartiertreffs unterstützen, um die Entwicklung von Stadtteilzentren voranzutreiben. Mit einer Stelle für Quartiersmanagement als zentralen Ansprechpunkt soll schneller auf Missstände reagiert und Abhilfe geschaffen werden. Wichtige Haltestellen können zu Servicepoints mit zusätzlichen Diensten wie Paketannahme und HVV-Beratung weiterentwickelt werden, um die Nutzung von Bahnen und Bussen noch attraktiver zu machen.

Rund ein Fünftel der Fläche Hamburgs wird in den Außengebieten der Stadt forst- und landwirtschaftlich genutzt. Diese Flächen gilt es behutsam zu entwickeln und hierbei auch den ökologischen Ausgleich und die Nahversorgung mit regionalen Produkten im Blick zu behalten. Mit gezielten Kampagnen wollen wir für die Hamburger Wochenmärkte werben und mit der Ausweitung des Angebots zum Beispiel in den Abendstunden und mit spezialisierten Food Courts neue Zielgruppen gewinnen. Die Bezirke sollen Einnahmen aus Wochenmarktgebühren zu einem festen Teil für Werbemaßnahmen für die Wochenmärkte verwenden. Zusätzlich wollen wir in jedem Bezirk mindestens eine feste Markthalle einrichten, in der Kunden auch bei schlechtem Wetter regionale Produkte kaufen können. Außerdem setzen wir uns für den Ausbau der Revierförstereien und den Schutz der Waldgebiete ein.

Mehr Wohnungen an Magistralen bauen – Eigentum fördern

Das wichtigste Mittel gegen zu hohe Mieten und fehlende Wohnungen ist ein ausreichendes Angebot an bezahlbaren Wohnungen. Wir werden schneller mehr Wohnungen schaffen, ohne die begrenzte Zahl an qualitativ hochwertigen Grünflächen in Hamburg zu reduzieren. Deshalb setzen wir auf Nachverdichtung im innerstädtischen Bereich und – gemeinsam mit den Städten und Gemeinden im Umland – auf Wohnungsbau im Hamburger Umland.

Für die Innenentwicklung wollen wir weitere Baulücken schließen, Verkehrsadern intelligent verlagern oder überdachen und verstärken Flächen über Supermärkten, anderen gewerblichen Flachbauten sowie Parkplätzen nutzen. Beim Neubau sollte benötigter Parkraum möglichst unter die Erde verlagert werden. Wir erwarten, dass bis zu 120.000 zusätzliche Wohnungen mit der Aufstockung bestehender Gebäude und dem Schließen von Baulücken auch entlang der Magistralen errichtet werden können. Dieses Potenzial wollen wir nutzen.

Einerseits werden so auf diese Weise Wohnraum und Handel für den täglichen Bedarf kombiniert und kurze Wege für die Nahversorgung geschaffen. Andererseits können zusätzliche umweltbelastende Verkehre wegen der günstigen Anbindung und die Versiegelung weiterer Flächen vermieden werden, ohne dass das Stadtbild maßgeblich verändert wird.

Wohnungsbau darf aber nicht wie bisher allein als Herausforderung innerhalb der Hamburger Stadtgrenzen betrachtet werden. Wir wollen die gesamte Metropolregion in eine Wohnungsbau- und Verkehrsinitiative einbeziehen. Für eine systematische Umsetzung dieses Vorhabens benötigen Hamburg und die Metropolregion einen gemeinsamen Plan, der an die aktuelle Bevölkerungsentwicklung angepasst ist. Dieser Metropolplan 2030 soll gemeinsame Leitziele für die Metropolregion festschreiben und als Vorbereitung für die jeweiligen Flächennutzungs- und Bebauungspläne dienen. Eine bauliche Verdichtung soll dabei entlang der bereits von Fritz Schumacher entworfenen Siedlungs- und Verkehrsachsen realisiert werden. Die grünen Freiräume zwischen diesen Achsen sollen weitgehend von weiterer Bebauung freigehalten werden, damit sie ihre wichtige Ausgleichsfunktion für das Stadtklima erfüllen können.

Der Hamburger Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramm von 1997 sind veraltet und müssen überarbeitet werden. Der Flächennutzungsplan geht noch von einer schrumpfenden Stadt aus. Zugleich müssen zahlreiche veraltete Bebauungspläne neu aufgestellt werden, um Baupotenziale nutzen zu können. Der Flächennutzungsplan ist gemeinsam mit den Umlandgemeinden zu erarbeiten.

Seit Jahren ist ein Trend zu mehr Fläche pro Bewohner zu beobachten. Außerdem nutzen Menschen oft große Wohnungen nur deshalb weiter, weil sie sich die Neuanmietung einer kleineren Wohnung nicht leisten können. Hamburg muss zum Vorreiter beim freiwilligen Wohnungstausch und bei Schaffung von Wohnungen mit effizienten Grundrissen werden. Hierzu werden wir neue Initiativen starten, die Prämienzahlungen, organisatorische und logistische Unterstützung bei der Suche nach einer neuen Wohnung und beim Umzug vorsehen sowie den Bau effizienter Wohnflächen fördern.

Damit der Wohnungsbau in und um Hamburg wirklich vorankommt, muss das Bauen günstiger und schneller werden. Wir werden die Schlussfolgerungen des Baukostengutachtens umsetzen.

Einzelne Bauvorschriften müssen in ihrer Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit hinterfragt und bei Bedarf gestrichen werden. Die Landesbauordnung soll weitestgehend an die Musterbauordnung des Bundes angepasst werden. Grundsätzlich sind aufwendige Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse zu vermeiden, daher ist die Digitalisierung und personelle Aufstockung bei den Baugenehmigungsbehörden voranzutreiben. Erforderlich sind mehr Stellen in den Stadtplanungsämtern, um mehr Bebauungspläne fertigstellen zu können. Planungs- und Baubeschleunigung muss durch digitale Bauakten und Planungsgenehmigungsverfahren weiter optimiert werden.

Unsere Stadt benötigt mehr Fachkräfte in allen Bereichen, sei es in den sozialen oder den technischen und Handwerksberufen. Insbesondere junge Menschen können sich aber einen arbeitsplatznahen Wohnraum nicht leisten. Deshalb werden wir mehr Angebote wie Jugendwohnungen für Auszubildende und Studentenwohnheime fördern und bestehende Wohnanlagen ausbauen. Wir werden Unternehmen und Institutionen dabei unterstützen, arbeitsplatznahe Wohnungen bereitzustellen.

Die Eigentumsquote in Hamburg ist mit nur 24 Prozent im nationalen und internationalen Vergleich sehr niedrig. Wir werden das von dem Senat gestoppte Programm „Endlich meins“ wiederbeleben, weil wir der Überzeugung sind, dass Wohneigentum die beste Vorsorge gegen Altersarmut ist. Weiter werden wir und gezielt um Partnerorganisationen für eine Baulandoffensive bemühen. Ziel ist es, über weitere Förderprogramme Eigentum für breite Bevölkerungsschichten in Hamburg zur Verfügung zu stellen.

Einen Mietendeckel, wie ihn der rot-rot-grüne Senat in Berlin umsetzen will, lehnen wir ab. Dieser rechtswidrige Eingriff behindert den Wohnungsbau und widerspricht den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft. Erbbaurechte sollen in Hamburg nur dort vergeben werden, wo es sich um für die Stadt besonders wichtige Grundstücke handelt. Die Ablösung bestehender Erbbaurechte ist wirtschaftlich und sozial verträglich zu gestalten. Die Ausübung von Vorkaufsrechten erfolgt nur dort, wo sich für den Mieterschutz keine andere Lösung ergibt.

Soweit Hamburg über die Bauordnung Klimapolitik umsetzen will, wie beispielweise durch grüne Dächer und Fassaden sowie Solaranlagen, sind die entsprechenden Kosten in erster Linie durch eine Förderung von der Stadt Hamburg zu tragen.

Daraus darf sich keine weitere Verteuerung von Bauvorhaben und des Wohnens der Menschen ergeben.

4. Zusammen zu einer neuen Mobilität

Die Attraktivität einer europäischen Metropole wie Hamburg hängt wesentlich davon ab, wie es ihr gelingt, die Mobilitätswende und die Erfordernisse eines modernen Stadtlebens miteinander zu verbinden. In den kommenden fünf bis zehn Jahren wollen wir Hamburg zur Vorreiterin eines modernen Mobilitätsansatzes machen, der die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Neue Technologien fördern – Forschung ausbauen

Wir wollen innovative Antriebe, wie zum Beispiel leistungsstarke Elektromobilität und Wasserstoff, für den gesamten Verkehr fördern, um CO₂-Ausstoß, Lärm und Luftverschmutzung zu reduzieren. Wir leisten einen Beitrag, um unsere Erde heute, aber auch in Zukunft lebenswert zu halten. Die Menschen werden nur dann auf emissionsarme Antriebe umsteigen, wenn sie hierfür eine passende Infrastruktur zur Verfügung gestellt bekommen. Wir stehen daher für den Ausbau von leistungsfähigen Schnell-Ladestationen und Ladepunkten für Elektromobilität und gewerbliche Wasserstoffmobilität.

Das automatisierte, später das autonome, fahrerlose Fahren wird die Fortbewegung nicht nur komfortabler, sondern die Mobilität insgesamt sicherer, sauberer, effizienter und leiser machen. Vernetzte Systeme werden zukünftig ein innovatives Verkehrsmanagement und neue Mobilitätskonzepte ermöglichen. Voraussetzung hierfür ist der flächendeckende Ausbau der Infrastruktur für den Mobilfunkstandard 5G. Wir wollen auch in diesem Bereich des automatisierten und vernetzten Fahrens das Testfeld Nummer eins werden.

Unser Ziel ist es, urbane Mobilität auch als Forschungsschwerpunkt in Hamburg zu etablieren. Ein Mobilitätskonzept der Zukunft muss umwelt- und klimapolitische Gesichtspunkte ebenso wie wirtschaftliche, technische, städtebauliche und sozialwissenschaftliche Aspekte berücksichtigen. Die Integration unterschiedlicher Perspektiven ist für die Forschung im Bereich Mobilität von entscheidender Bedeutung. Daher streben wir die Gründung eines „Forschungsnetzwerks Hamburger Mobilität“ an. Dafür wollen wir die im Bereich Mobilität aktiven Hamburger Hochschulen, Unternehmen und Behörden miteinander vernetzen, um die unterschiedlichen Kompetenzen zusammenzuführen. Aufbauend auf bereits vorhandenen Studiengängen im Bereich Infrastruktur und Mobilität wollen wir das Angebot an Studienplätzen in diesem Bereich ausbauen und einen neuen interdisziplinären Masterstudiengang „Urbane Mobilität“ aufbauen. Dieser Studiengang soll die gesamte Breite des städtischen Verkehrs einschließen und interdisziplinär ausgerichtet sein. Zu diesem Zweck ist eine Kooperation von mehreren im Themenfeld Mobilität forschenden Hochschulen anzustreben. Ein „Rat der Mobilitätswende“ soll die Steuerung der Prozesse bei den politischen Entscheidungsträgern und in der Verwaltung wissenschaftlich unterstützen.

Busse und Bahnen attraktiver machen – Umsteigen erleichtern

Mobilität ist ein gesellschaftliches Grundbedürfnis. Die CDU setzt darauf, Mobilität durch intelligente Lösungen und technischen Fortschritt sicher, schnell und sauber zu machen. Dafür ist ein fairer Mix aller Verkehrsarten wichtig, sei es zu Fuß, mit dem Rad, dem öffentlichen Nahverkehr, mit dem Auto oder weiteren Fortbewegungsmitteln der Zukunft.

Die Straßen müssen entlastet und das Stauaufkommen deutlich reduziert werden. Dazu muss der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) attraktiv gemacht, Busse und Bahnen enger getaktet, Fahrpreise gesenkt sowie der Ticketverkauf vereinfacht und digitalisiert werden. Ob mit einer Chipkarte oder einer App – der Kauf von Fahrkarten muss komfortabel werden. Dauer und Häufigkeit der Baustellen der Hamburger U- und S-Bahnen sowie der nur teilweise angebotene Schienenersatzverkehr während der Bauarbeiten führen zu oft zu einer Abkehr vom ÖPNV. Infolge langer Bauzeiten entstehen zudem volkswirtschaftliche Schäden, weil sich Fahrzeiten verlängern. Wir wollen Häufigkeit und Dauer der Baustellen im Hamburger U- und S-Bahn-System verringern. Dafür setzen wir beispielsweise auf den Zweischichtbetrieb und eine parallele Gewerkebearbeitung.

Bereits im Vergabeverfahren wollen wir durch spezielle Anreizsysteme für Bieter oder mithilfe eines wettbewerblichen Dialogs Verbesserungen erreichen. Außerdem müssen absehbare künftige Änderungsmaßnahmen direkt miterledigt werden, wenn Bauarbeiten ohnehin notwendig sind.

Zur Erhöhung der Kapazität des gesamten Systems wollen wir den fahrerlosen, vollautomatisierten Ausbau aller S- und U-Bahnstrecken vorantreiben und einen echten 24-Stunden-Betrieb des ÖPNV sicherstellen. Um das Angebot zu steigern, wollen wir die Mobilität in den bislang schlecht durch den ÖPNV erschlossenen Gebieten steigern und die Lücke zu den nächsten Schnellbahnstationen schließen. Dies soll über ein flächendeckendes Angebot mit sogenannten „on-demand“-Diensten erfolgen.

Die Menschen erwarten vom ÖPNV, dass er verlässlich, klimafreundlich, innovativ und preisgünstig ist. Wir werden nach Wiener Vorbild schrittweise ein 365-Euro-Ticket für die Nutzung des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) einführen. Unverzüglich soll das Ticket für Schüler, Studenten, Auszubildende, Praktikanten, Senioren und Menschen, die auf ihr

Auto verzichten, eingeführt werden. Anschließend wird dieses Angebot auf alle Hamburgerinnen und Hamburger ausgeweitet.

Zur erweiterten Angebotspalette gehört die Öffnung des HVV-Profittickets für kleinere Unternehmen. HVV-Kombitickets sollen bei Großveranstaltungen zum Regelfall werden. Flug-, Bahnfernverkehrs- und Fernbustickets sollen automatisch Kombitickets sein. Die intermodale Anbindung des Flughafens über Langzüge der S1 soll verbessert werden. Eine „Hamburger Mobilitätskarte“ soll für Einheimische, Touristinnen und Touristen eingeführt werden, mit der eine Vielzahl an öffentlichen Mobilitäts- und Freizeitangeboten günstig und aus einer Hand genutzt werden kann. Zur Stärkung des ÖPNV gehört auch Fairness. Wir sprechen uns deswegen deutlich gegen die Bagatellisierung des sog. „Schwarzfahrens“ (Erschleichen von Leistungen) aus. Dadurch verliert der HVV jährlich Millionen Euro an Einnahmen. Deswegen wollen wir die Fahrkartenkontrollen verstärken und somit den Kontrolldruck erhöhen.

Das Streckennetz des ÖPNV muss massiv ausgebaut werden, auch um die äußeren Stadtteile an die Innenstadt anzuschließen und sie untereinander zu verbinden. Es ist unser Anspruch, für alle Hamburgerinnen und Hamburger die individuelle Mobilität zu verbessern. Dabei sind nicht nur die zentrumsnahen Stadtteile zu berücksichtigen, sondern es ist ein Konzept für die ganze Stadt mit dem Ziel zu erarbeiten, dass die Menschen mittelfristig innerhalb von 30 Minuten von jedem beliebigen Punkt Hamburgs das Stadtzentrum erreichen können.

Wir setzen uns für eine stärkere Förderung des ÖPNV durch den Bund ein. Zudem wollen wir das Gebiet der Sharingdienste für Autos, Fahrräder und Roller auf die äußeren beziehungsweise bisher nicht erschlossenen Stadtteile und über die Stadtgrenzen hinaus auf angrenzende Ortschaften im Umland ausweiten. An unserer beschlossenen Radverkehrsstrategie halten wir fest. Schwerpunkte sind hier unter anderem sichere und geschützte Radwege an Hauptverkehrsstraßen, qualitativ hochwertige Fahrradschnellstraßen und eine Fahrradbrücke für eine echte Nord-Süd-Querung der Elbe. Für uns ist dabei klar: Die Sicherheit muss oberste Priorität auf Hamburgs Straßen haben. Die Hamburger Hochbahn soll neben Elektrobussen auch wieder Wasserstoffbusse einsetzen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die S4-Planungen so schnell wie möglich und ohne Verzögerung umgesetzt werden, damit der Hauptbahnhof zeitnah entlastet wird und die Bürgerinnen und Bürger im Nordosten Hamburgs und in den dazugehörigen Ortschaften in Schleswig-Holstein endlich eine vernünftige Anbindung an das Hamburger Schnellbahnnetz bekommen.

Wir halten am Bau der U5 fest, werden aber zumindest regional Modellprojekte schienengebundener Alternativen prüfen. Wir wollen daher für Altona und für Teile von Eimsbüttel die Einführung einer schienengebundenen Anbindung ergebnisoffen prüfen und Kosten und Nutzen wissenschaftlich bewerten lassen.

Staus verhindern – Baustellen besser planen

Wir wollen Staus frühzeitig und vor der Stadt verhindern und den Fluss auf den Straßen mit intelligenten Ampelsystemen und mehr Kreisverkehren verbessern. Darüber hinaus wollen wir zusammen mit den zuständigen Stellen in den Nachbarbundesländern ein integriertes Verkehrskonzept (Straßen, Schienen und Wasserwege) für den Ballungsraum Hamburg erarbeiten, das insbesondere die äußeren Stadtteile von den Pendlerverkehren entlastet. Für eine Sicherstellung des fließenden Verkehrs sind leistungsfähige Hauptverkehrsstraßen mit grünen Wellen im Berufsverkehr und verkehrsberuhigte Wohnstraßen zu erhalten, damit die Pendlerverkehre aus dem Umland und den äußeren Stadtteilen möglichst staufrei in die Hamburger Innenstadt fahren können und Wohnstraßen gemieden werden. Deshalb lehnen wir Tempo-30 auf Hauptverkehrsstraßen grundsätzlich ab.

Dort, wo gebaut wird, benötigen wir ein erkennbar verbessertes Baustellenmanagement der Stadt und eine bessere Baustellenkoordination mit den Umlandgemeinden.

Zu diesem Zweck werden wir eine länderübergreifende Stelle für Baustellenkoordination einführen, die in der ganzen Metropolregion für eine geordnete Baustellenkoordination sorgt. Außerdem soll auf Hamburgs Straßen deutlich häufiger im Zweischichtbetrieb gearbeitet werden, um die Baustellenzeiten deutlich zu verkürzen.

Wir werden uns weiterhin und noch stärker für einen Ausbau der Infrastruktur unseres Wirtschafts- und Logistikstandortes einsetzen. Als bedeutender Verkehrsknotenpunkt und

norddeutsches Zentrum ist für Hamburg eine gute und wachsende Infrastruktur notwendig. Hier sind der schnelle Ausbau der Bahninfrastruktur, insbesondere der Ausbau des Hauptbahnhofs, aber auch die weiteren Maßnahmen im Eisenbahnknoten Hamburg zu nennen. Notwendig sind ein Ausbau der Zulaufstrecken, insbesondere in Richtung Süden, um für die Zukunft leistungsfähige Kapazitäten für den Güter- und Personennahverkehr, für Pendlerinnen und Pendler und die Anbindung Hamburgs im Fernverkehr zu erreichen. Die Autobahnen in und um Hamburg müssen ebenfalls zukunftsfähig ausgebaut werden. Dies betrifft insbesondere den Bau der A26 und den Ausbau von A1 und A7. Hamburger Parkplätze sollten primär den Bewohnerinnen und Bewohnern vor Ort zur Verfügung stehen. Parkplatzsucherei ist umweltschädlich, kostet wertvolle Lebenszeit und gefährdet die Verkehrssicherheit. In diesem Sinne wollen wir deutlich mehr aufeinander abgestimmte Bewohnerparkzonen und für Besucherinnen und Besucher eine kostenpflichtige Bewirtschaftung einführen. Gewerbe- und Handwerksbetriebe können für betriebsnotwendige Fahrzeuge Ausnahmegenehmigungen erhalten. Wir wollen den Parkplatzabbau stoppen und werden für jeden oberirdisch wegfallenden Parkplatz unterirdisch Ersatz schaffen. Die Stellplatzpflicht bei Wohnungsneubauten führen wir wieder ein. Wir wollen den Stau schon vor den Hamburger Stadttoren stoppen und schaffen deshalb die P+R-Gebühren wieder ab. Darüber hinaus entwickeln wir mit den Umlandgemeinden ein Konzept zum gemeinsamen Ausbau der Kapazitäten. Die Zahl von heute knapp 8.000 P+R-Stellplätzen wollen wir bis 2025 auf 12.000 erhöhen. Wir werden auf die Umlandgemeinden und Nachbarbundesländer zugehen, um mit Zuschüssen der Freien und Hansestadt Hamburg die Zahl der P+R-Stellplätze im Einzugsgebiet des HVV, auch außerhalb Hamburgs, bis 2025 auf mindestens 25.000 zu erhöhen. Dies sollte insbesondere beim Bau der S4 von vornherein berücksichtigt werden.

Die Dieselfahrverbotszonen im Westen der Stadt werden wir aufheben, weil sie durch die Umgehungsverkehre mehr Staus und Abgase verursachen.

Hamburgs Lebensadern nutzen – Mehr Verkehr auf Elbe und Alster lenken

Auch die Schifffahrt bietet mehr Möglichkeiten. Die Fahrgastzahlen des ÖPNV auf dem Wasser (acht bis neun Millionen HADAG-Fährgäste jährlich) wollen wir bis 2025 verdop-

pein. Dafür werden wir neue HVV-Linien auf dem Wasser einrichten, unter anderem eine direkte Fährverbindung zwischen Landungsbrücken und dem Airbus-Werk in Finkenwerder oder eine Fährverbindung auf der Norderelbe von den Norderelbbrücken über die neue S- und U-Haltestelle Elbbrücken und die Landungsbrücken bis Finkenwerder. Ein Pilotprojekt zur Wiederbelebung des Linienbetriebs auf der Alster werden wir ebenfalls starten.

5. Zusammen das Klima und die Umwelt schützen

Der Klimawandel gehört zu den größten Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. In vielen Teilen der Welt sind seine Folgen bereits deutlich spürbar. Aber auch Hamburg ist bereits heute davon betroffen. Die Wetteraufzeichnungen der Metropolregion Hamburg für die letzten 100 Jahre zeigen, dass die durchschnittliche Jahresmitteltemperatur gestiegen ist und die jährlichen Niederschlagsmengen zugenommen haben.

Klima- und Umweltschutz ist ein ureigenes Interesse aller Hamburgerinnen und Hamburger und hat daher für uns eine hohe Priorität. Wir können den nachfolgenden Generationen keine kaputte Welt übergeben, weil wir selbst zu fantasielos waren, wirksame Lösungen für die Reduktion von Emissionen, eine saubere Umwelt und den Erhalt der Artenvielfalt zu finden. Städte sind deutlich lebenswerter, wenn sie nicht grau, dreckig, laut und stickig sind.

Wir wollen Hamburg grüner und sauberer machen. Dafür müssen wir so schnell wie möglich Emissionen spürbar senken, mehr erneuerbare Energien einsetzen, Abfall vermeiden und zusätzliche Grünflächen schaffen.

Die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen ist ein Kernanliegen der CDU. Wir wollen diesen Anspruch mit einer positiven Botschaft verknüpfen, die Chancen hervorheben und die Potenziale heben, die sich aus den Anstrengungen für mehr Umwelt- und Klimaschutz ergeben. Wir sind davon überzeugt, dass die Menschen nicht durch Bevormundung, sondern durch Anreize, Vorbilder und technische Innovationen zu einem umweltbewussteren Verhalten zu bewegen sind. Zentrale Voraussetzung für die Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung ist insbesondere das Angebot umweltschonender Alternati-

ven. Der Nahverkehr muss ausgebaut werden, die Sicherheit für die Radfahrer und Radfahrerinnen steigen und die Nutzung von neuen Mobilitätsangeboten einfacher werden. Dafür werden wir uns stark machen. Dabei wollen wir Ökologie und Ökonomie nicht gegeneinander ausspielen, sondern ökologische, ökonomische und soziale Ziele gleichermaßen berücksichtigen und in Einklang bringen.

Klimaschutz geht alle an

Klimaschutz betrifft nicht einzelne Fachbereiche, sondern ist die Aufgabe der gesamten Hamburger Regierung. Im Rahmen des Klimaplanes müssen alle Maßnahmen daraufhin überprüft werden, ob sie wirklich in kurzer Zeit zu nennenswerten CO₂-Einsparungen führen können. Wir brauchen klare Zielvorgaben und ein Monitoring über die tatsächlichen Einsparungserfolge. Bei Abweichungen muss umgehend nachgebessert werden. Der Klimaschutzplan des rot-grünen Senats kennzeichnet bislang bei den in Umsetzung befindlichen Maßnahmen nur jede fünfte mit einem Einsparziel zur CO₂-Reduktion. Bei den dauerhaft laufenden Maßnahmen hat nicht einmal jede zweite ein solches Ziel. Für alle Maßnahmen, die der rot-grüne Senat zurzeit vorbereitet, gibt es überhaupt keine Zielangaben. Eine zielorientierte Steuerung ist nicht zu erkennen. Eine Änderung dieser Vorgehensweise ist daher dringend geboten.

Zu diesem Zweck haben wir ein eigenes umfassendes Umwelt- und Klimaschutzkonzept erarbeitet, das rund fünfzig große und kleine Maßnahmen beinhaltet. Dieses Konzept soll die Grundlage bilden, um in enger Abstimmung mit der Wirtschaft und allen anderen wichtigen Akteuren ein strategiebasiertes Klimaschutzgesetz auf den Weg zu bringen.

Für uns ist dabei entscheidend: Klimaschutz braucht Klarheit, Kontinuität und Planungssicherheit und wird nur dann erfolgreich sein, wenn es verbindliche und messbare Vorgaben enthält.

Wärmeversorgung: Fokus auf Geothermie setzen

Bei der Wärmeversorgung setzen wir zukünftig verstärkt auf Erdwärme (Geothermie). Die Nutzung von Tiefengeothermie als innovativer, klimafreundlicher und insbesondere CO₂-freier Weg liefert einen wertvollen Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen und damit zum Klimaschutz. Wir wollen Wärmetauscherflächen an öffentlicher Infrastruktur installieren, um damit Energiegewinnung aus Erdwärme betreiben zu können. Zukünftig wollen wir keine Chance auf eine solche Installation ungenutzt lassen, wie es beispielsweise beim A7-Deckel geschehen ist. Hier hätten durch den Einsatz von Wärmetauscherflächen bis zu 500 Wohnungen versorgt werden können.

Energieversorgung: Moorburg umrüsten, Speicherkapazitäten ausbauen

Wir sind davon überzeugt, dass Hamburg auf den Neubau eines Gaskraftwerks Dradenau für 300 Mio. Euro verzichten sollte. Der direkteste Weg wäre es, die ohnehin anfallende Abwärme des Kraftwerks Moorburg zu nutzen. Bisher wird jedes Jahr Wärmeleistung von rund einem TWh ungenutzt in die Elbe und Luft geleitet. Baldmöglichst wollen wir das Kraftwerk auf Gas beziehungsweise Wasserstoff umrüsten und auch dort die erzeugte Abwärme nutzen. Außerdem prüfen wir die Auskopplung von Fernwärme in weitere Stadtteile wie in den Hamburger Süden. Dies wäre sinnvoller und günstiger als wenige Kilometer entfernt ein vollständig neues Gaskraftwerk zu errichten. Ergänzend hierzu werden wir die Möglichkeit einer Power-to-Heat-Anlage auf dem Gelände des Kraftwerks Moorburg prüfen. Hamburg könnte als sogenannte Wärmesenke Phasen nutzen, in denen in Schleswig-Holstein mehr Windstrom anfällt als verbraucht werden kann, und einen wichtigen Beitrag zur Netzstabilität leisten, indem Wärme aus Windstrom produziert wird. Ergänzend wollen wir Projekte zur Energiespeicherung vorantreiben. Hierbei können Wasserstoff und das in städtischer Hand befindliche Gasnetz eine wichtige Rolle übernehmen. Wir setzen auf eine ganzheitliche Strategie für die Energieerzeugung und -versorgung mit dem Schwerpunkt Energiespeicherung und wollen diesen Themenkomplex zu einem zentralen Forschungsbereich machen.

Energieeinsparung: Mehr beraten, neue Technologien fördern

Wir wollen öffentliche Gebäude, Wohnhäuser und Bürogebäude energieeffizienter machen. Hierzu wird ein Sanierungsplan für die städtischen Gebäude erarbeitet. Es soll für Privatpersonen und die Wirtschaft zukünftig eine umfassende Energieberatung aus einer Hand geben. Wir wollen ein vollständig klimaintelligent gesteuertes Quartier auf den Weg bringen, in dem alle vorhandenen klimafreundlichen Techniken modellhaft getestet werden. Allein durch den Einsatz von digitaler Technik kann der Energieverbrauch von Gebäuden zwischen zehn bis dreißig Prozent gesenkt werden. Diese Einsparpotenziale wollen wir zukünftig gezielt nutzen und das Konzept der Energiefachpläne erweitern. Darüber hinaus wollen wir den Einsatz von zukunftsfähigen Hybridheizsystemen gezielt fördern, die perspektivisch auch den Einsatz von klimafreundlichen Brennstoffen ermöglichen. Neben der klassischen energetischen Sanierung gehört für uns auch dazu, Gebäudefassaden temperaturresistent zu machen, um den Energiebedarf beim Kühlen und Heizen zu verringern. Für die Nutzung digitaler und klimaintelligenter Techniken ist unter anderem eine Änderung des Bauordnungsrechts notwendig.

Grüne Energien erforschen, neue maritime Antriebe entwickeln

Neben dem Atomausstieg wird der für 2038 beschlossene Ausstieg aus der Kohleverstromung den Industriestandort Deutschland und damit auch Hamburg vor große Herausforderungen stellen. Neben einer klimafreundlichen und regelbaren Energieproduktion ist insbesondere die dauerhafte Versorgungssicherheit ausschlaggebend für eine gelingende Energiewende.

Daher ist es von entscheidender Bedeutung, noch ungelöste technologische Probleme im Verbund aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft anzugehen.

Diesem Ziel folgend, wollen wir ein technologieoffenes Forschungsinstitut mit dem Schwerpunkt Energiespeicherung und Wasserstoff gründen. Des Weiteren wollen wir eine zielgerichtete Förderung von synthetischen Kraftstoffen auf Basis der sogenannten „Power-to-X“-Technologie bei Forschung und Anwendung. Hierfür soll die zukünftig bestehende Möglichkeit der Reallabore genutzt werden und Projekte wie die Norddeutsche En-

ergieWende 4.0 ergänzen. Der besonderen Rolle Hamburgs als international bedeutendem Hafenstandort geschuldet, wollen wir unsere Stadt zum Vorreiter bei der Entwicklung von maritimen und innovativen Antrieben machen.

Klimaintelligente Technik einsetzen

Wir möchten emissionsarme und emissionsfreie Antriebe im öffentlichen Nahverkehr, im Autoverkehr und im Wirtschaftsverkehr in der gesamten Metropolregion fördern, indem wir U- und S-Bahnlinien ausbauen, Flotten modernisieren und Bahn-, Bus- und Fährverkehre optimieren. Erneuerbare Energien sollen stärker genutzt und Energienetze umgestaltet werden. Viel Energie würde auch die Modernisierung der Straßenbeleuchtung mithilfe von gesteuerten LED-Lampen sparen.

Bessere Luft, mehr Lebensqualität

Für eine bessere Luftqualität in Hamburg sind der Ausbau und eine höhere Attraktivität des ÖPNV und der Elektromobilität sowie eine intelligente Verkehrslenkung und -steuerung und digitale Parkleitsysteme wichtig. Außerdem setzen wir auf innovative technische Ansätze zur Verbesserung der Luftqualität, zum Beispiel die Filterung der Stickoxide und Feinstaub aus der Luft oder Straßenbeläge mit Asphalt, der Stickoxide photokatalytisch abbauen kann. Ebenso müssen städtische Fahrzeuge mit modernen SCR-Katalysatoren nachgerüstet und der Fuhrpark systematisch auf die besten Schadstoffklassen umgestellt werden. So kann Hamburg einen wesentlichen Anteil leisten, um die Stickoxidbelastungen zu senken.

Im Bereich Schifffahrt benötigt Hamburg klare Strategien im Umgang mit innovativen, umweltfreundlichen Technologien wie Flüssiggas (LNG) und Landstrom. Für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit, aber auch für eine bessere Luftqualität sollte Hamburg eine Vorreiterrolle einnehmen und die Möglichkeiten der LNG-Nutzung im Hamburger Hafen ausbauen. Hierfür ist eine Zusammenarbeit mit den anderen deutschen See- und Binnenhäfen sowie den anderen Häfen Nordeuropas unumgänglich, um so schnell wie möglich ein einheitliches LNG-Nutzungskonzept zu schaffen. Dabei betrachten wir den Aufbau einer

norddeutschen LNG-Infrastruktur als Voraussetzung für die zukünftig deutlich verstärkte Nutzung von Wasserstoff als Energieträger der Zukunft. Für die Erreichung dieses Ziels ist eine langfristig angelegte Wasserstoffstrategie zwingend erforderlich.

Fürs Klima und die Erholung gut: Neue Naturschutzgebiete ausweisen

Über den Klimawandel hinaus stehen wir vor großen umweltpolitischen Herausforderungen. Insbesondere die Abholzung beziehungsweise der Verlust von Bäumen in Hamburg erfordert ein konsequentes Handeln. Wir möchten weitere geeignete Flächen in Naturschutzgebiete umwandeln. Neben den bereits geplanten Erweiterungen der Naturschutzgebiete Moorgürtel, Boberger Niederung und Kirchwerder Wiesen, möchten wir Naturschutzgebiete in den Bereichen Kiebitzbrack, Horster Moor und Ziegelteich Georgswerder und ungenutzte Waldflächen ausweisen. Wir wollen Parkrangerinnen und Parkranger einsetzen, die die Einhaltung der Schutzvorschriften überwachen und Verstöße ahnden.

Mehr Anreize für den Umwelt- und Klimaschutz schaffen

Viele Menschen in unserer Stadt haben gute Ideen für mehr Klima- und Umweltschutz. Wir schlagen – analog zum Programm des Senats für mehr Wohnungsbau – einen Wettbewerb der Bezirke vor, bei dem eine Prämie für jede genehmigte Wohnungseinheit gezahlt wird. In diesem Fall werden die Prämien zum Beispiel für eingesparte CO₂-Mengen gewährt. Eine weitere Möglichkeit ist, jährlich den klimafreundlichsten Bezirk oder Stadtteil auszuzeichnen.

In diesem Zusammenhang könnte man auch das Projekt „fifty/fifty“, das seit 1994 in vielen Schulen, bei Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern zu einem Umdenken in Sachen Klimaschutz und Ressourcenschonung geführt hat, fortsetzen und auf andere städtische Bereiche ausweiten. Die Schule darf fünfzig Prozent des Betrags behalten, der durch Reduktion von Energie, Wasser und Abfall in einem Jahr eingespart wird. Die übrigen fünfzig Prozent behält die Stadt. Etwa 1,5 Millionen Euro wurden auf diese Weise pro Jahr ausgeschüttet. Größere Schulen können Prämien bis zu 25.000 Euro erzielen. Die CDU hatte sich immer

wieder für die Weiterführung von „fifty/fifty“ eingesetzt. Das Ursprungsprinzip „mehr Energieeinsparung, höhere Prämie“ wurde jedoch abgeschafft. Stattdessen werden nur noch Pauschalbeträge mit einer festgelegten Obergrenze gezahlt. Damit fehlt das Leistungsprinzip und der aktive Anreiz zum Klimaschutz. Wir wollen den Papierverbrauch der Behörden erheblich reduzieren und gleichzeitig bundesweit eine in digitalen Fragen führende Behördenstruktur entwickeln.

6. Zusammen Talente schmieden

Bildung hat für jeden einzelnen Menschen einen unschätzbaren Wert. Sie ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben, indem sie Menschen dazu befähigt, eigene Potenziale zu entdecken und zu nutzen. Sie sichert die Teilhabe an demokratischen Meinungsbildungsprozessen und am sozialen Leben in unserer Gesellschaft.

Bildung ist der Schlüssel für die wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung einer hochtechnisierten Stadt wie Hamburg. Sie ist die Voraussetzung für exzellente Forschung und Wissenschaft in unserer Stadt.

Bildung kann Brücken bauen. Jenseits von ökonomischen Verwertungsaspekten kann sie gesellschaftliche Werte und den Respekt vor Mensch und Natur vermitteln. Sie kann Ausgrenzung verhindern, den Dialog fördern und so der zunehmenden Spaltung unserer Gesellschaft entgegenwirken. Bildung ist die Voraussetzung für eine gelingende Integration und eine tolerante Gesellschaft.

Hamburgs Schulen sind zahlreichen Herausforderungen ausgesetzt. Es gibt zu wenige Fachkräfte. Der Unterricht fällt zu häufig aus. Es gibt zu wenig Raum zum Lernen. Bei zwanzig Prozent der allgemeinbildenden Schulen werden die geltenden Klassengrößen-Höchstgrenzen überschritten; die Schulen platzen aus allen Nähten.

Die Leistungsspanne ist in vielen Schulklassen immens. Die Rahmenbedingungen für einen leistungsfähigen, individuellen und gerechten Unterricht sind an einem Großteil der Schulen alles andere als optimal, das Sprachniveau einer ganzen Reihe von Schülerinnen und

Schülern ist unzureichend. Um diesen Herausforderungen begegnen zu können, braucht es eine unaufgeregte, unideologische und auf die Qualität der Unterrichtsprozesse ausgerichtete Schulpolitik, die die Bedürfnisse und die Expertise der schulischen Akteure einbezieht.

Wir haben viel für die Schulen durchgesetzt, daran knüpfen wir an

Wir starten eine Qualitätsoffensive für Hamburgs Schulen, die Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit gleichermaßen fördert. Wir wollen die Qualität des Unterrichts erhöhen. Daher haben wir den Schulstrukturfrieden verlängert, um Planungssicherheit und Verlässlichkeit zu garantieren. Damit wird die Schulstruktur auch in den kommenden Jahren unangetastet bleiben.

In den Verhandlungen zur Verlängerung des Schulfriedens konnten wir zahlreiche Verbesserungen durchsetzen: Hamburgs Gymnasien bekommen bis zu einhundert zusätzliche Vollzeit-Lehrerstellen, um die Klassengrößen zu verringern. Eine bessere Nachmittagsbetreuung soll außerdem zu einer Entlastung der Schülerinnen und Schüler führen; Klassenwiederholungen werden wieder möglich. Es wurden eine Reihe von Maßnahmen vereinbart, um den Unterrichtsausfall zu reduzieren. Lehrer werden von Verwaltungsaufgaben entlastet, um sich mehr auf ihre Kernkompetenz – den Unterricht – zu fokussieren. Die Bildungspläne werden überarbeitet. Künftig soll es Lehrpläne geben, die verpflichtende Inhalte und verpflichtendes Fachwissen festlegen. Die CDU hat durchgesetzt, dass künftig die Besoldung aller verbeamteten Lehrkräfte einheitlich auf die Besoldungsgruppe A13 angehoben wird. Diese Vereinbarungen werden wir umsetzen.

Sie sind in den kommenden Jahren die Grundlage für die Weiterentwicklung der Hamburger Bildungslandschaft. Über die Vereinbarungen zum Schulfrieden hinaus werden wir weitere Qualitätsverbesserungen umsetzen.

Chancengerechtigkeit frühzeitig schaffen – Qualität des Unterrichts weiterentwickeln

Ein Schwerpunkt unserer Bildungspolitik wird der Ausbau der frühkindlichen und vorschulischen Bildung sein.

Die von der CDU Hamburg eingeführte und bundesweit vorbildliche Viereinhalbjährigen-Vorstellung ist für jedes Kind der Einstieg in die persönliche Bildungslaufbahn. Hier wird von Lehrkräften der Grundschulen der Entwicklungsstand erhoben, um festgestellte Förderbedarfe schon in der Vorschule anzugehen. Wir planen die Weiterentwicklung der Viereinhalbjährigen-Vorstellung. Künftig soll nicht nur der sprachliche Entwicklungsstand in einer gezielten Förderung münden. Es muss darüber hinaus ein möglicher sonderpädagogischer Förderbedarf erkannt und diagnostiziert werden. Darauf aufbauend müssen individuelle Fördermaßnahmen entwickelt und umgesetzt werden. Außerdem wollen wir die Vorziehung der Viereinhalbjährigen-Vorstellung um ein halbes Jahr prüfen.

Bereits nach der Viereinhalbjährigen-Vorstellung mangelt es im Hamburger Bildungssystem an der Umsetzung von Chancengerechtigkeit: Es besteht ein spezieller Förderbedarf vieler Kinder im Fach Deutsch. Gerade wenn sie eine andere Erstsprache (Muttersprache) haben, stehen ihnen oft nicht speziell hierfür ausgebildete pädagogische Kräfte gegenüber. Wir wollen die Zahl der entsprechend ausgebildeten Fachkräfte dem gestiegenen Bedarf anpassen.

Eine besondere Herausforderung ist der Übergang von der Kita in die Grundschule. Kinder brauchen verlässliche Beziehungen. Zur Vermeidung von Brüchen in der Bildungsbiografie des Kindes benötigen wir eine enge strukturelle, personelle und inhaltliche Verzahnung von Elementar- und Primarbereich. Dafür wollen wir unter anderem das Konzept des Bildungshauses ausbauen und weitere Hamburger Pilotprojekte initiieren. Für jeden Bezirk wird in den kommenden Jahren mindestens ein neues Bildungshaus entwickelt.

Die dazugehörigen Konzepte und deren Umsetzung werden wissenschaftlich evaluiert und bei erfolgreichem Verlauf verstärkt in zur Anwendung gebracht.

Aktuell erfüllen fast zwanzig Prozent der Grundschülerinnen und Grundschüler nach Klasse 4 nicht die Mindestanforderungen in Lesen, Schreiben und Rechnen. Diese Kinder haben kaum Chancen, das Versäumte in der Sekundarstufe I aufzuholen, Frust und Scheitern sind programmiert. Ein Übergang auf weiterführende Schulen ohne Erfüllung der Mindestanforderungen darf im Interesse der Kinder nicht erfolgen. Leistungsschwache Schülerinnen und Schüler sollen künftig durch eine Flexibilisierung der Grundschulzeit mehr Möglichkeiten und Unterstützung erhalten, um die Mindestanforderungen am Ende der Grund-

schulzeit zu erreichen. Ebenso wollen wir besonders begabte Kinder besser als bisher fördern. Kinder, die mit Eintritt in die Grundschule schon lesen und rechnen können, sollen weitergehende altersgerechte Förderangebote erhalten. Die Grundschulzeit kann dann je nach individueller Leistung zwischen drei und fünf Jahren betragen.

Kinder und Jugendliche in Hamburg haben seit 2011 neben dem Gymnasium die Möglichkeit, an der Stadtteilschule alle Bildungsabschlüsse bis hin zum Abitur abzulegen. Die Stadtteilschule hat in vielen Bereichen Erfolge vorzuweisen, dennoch bestehen zwischen einigen Stadtteilen große Lernstandsunterschiede aufgrund von Integrations- und Inklusionsanforderungen sowie sozialen Rahmenbedingungen. Dennoch ist der gemeinsame Unterricht von leistungsstarken und leistungsschwachen Schülerinnen und Schülern in einer Klasse beziehungsweise einem Kurs gängige Praxis. Schülerinnen und Schüler müssen an Stadtteilschulen optimal auf die unterschiedlichen Abschlüsse vorbereitet werden. Dies kann besser durch einen Unterricht von leistungsstarken und -schwachen Schülerinnen und Schülern in unterschiedlichen Kursen erreicht werden. Wir wollen die inhaltlichen Vorgaben der Kultusministerkonferenz für eine äußere Differenzierung in den Kernfächern der Klassenstufen 7 – 10 verpflichtend an allen Schulformen, vor allem an den Stadtteilschulen, durchsetzen.

Durch die Abschaffung der Klassenwiederholungen im Schuljahr 2010/11 werden häufig viel zu lange Schülerinnen und Schüler mit mangelhaften Leistungen mitgenommen. Vorhandene Wissenslücken führen zu beständigem Frust und verhindern eine erfolgreiche Bildungs- und Entwicklungsbiografie.

Daher muss das Programm „Fördern statt Wiederholen“ schnell verbessert werden. Wir sorgen neben der freiwilligen Wiederholung dafür, dass fachlich, leistungsabhängig und pädagogisch begründete Wiederholungen, für die ein Votum der Zeugniskonferenz vorliegt, wieder möglich werden. Darüber hinaus wollen wir die Durchlässigkeit zwischen Stadtteilschule und Gymnasium erhöhen.

Mittelstand und Bildung verzahnen – Den mittleren Schulabschluss stärken

Der Anteil der Abiturienten ist in Hamburg mit Einführung der Stadtteilschule stark angestiegen. Bei vielen Schülerinnen und Schülern gilt es als der anzustrebende Abschluss. Daran schließt sich fast immer der Wunsch nach einem Studium an. Der Wert des mittleren Schulabschlusses als Einstieg in eine Ausbildung wird dabei völlig verkannt. Dabei eröffnen sich mit diesem Abschluss ganz andere Entwicklungspotenziale. Nicht jedes Kind ist für ein Studium und eine akademische Laufbahn geeignet. Gerade das Handwerk und der Mittelstand als Rückgrat unserer Wirtschaft benötigen jedoch dringend Nachwuchs und haben attraktive Berufsaussichten zu bieten. Wir wollen Schule und Ausbildung enger miteinander verzahnen. Handwerkerhöfe sollen sich neben Stadtteilschulen ansiedeln und enge Partnerschaften bilden, die die Möglichkeit bieten, bereits neben der Schule eine Ausbildung (nach dem Vorbild der CTA-Ausbildung am Gymnasium Altona) zu beginnen, sodass nach dem Schulabschluss in Kooperation mit den Berufsschulen ein Doppelabschluss in Ausbildung möglich ist.

Inklusion und Integration muss gelingen – Förderung für alle Schüler verbessern

In Hamburg gilt seit 2010 die Wahlfreiheit der Eltern für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf für eine Beschulung an einer Förder- oder einer Regelschule. Kinder mit besonderen Herausforderungen, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schulen fühlen sich oft allein gelassen und sind dadurch überfordert. Wir wollen die Inklusionsbemühungen an unseren Hamburger Schulen kontinuierlich verstärken. Es ist gut, dass Hamburg nach wie vor Förderschulen mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten vorhält.

Dazu gehört auch der Schulteil der Regionalen Bildungs- und Beratungszentren (ReBBZ) für Schülerinnen und Schüler mit den Förderbedarfen Lernen, Sprache und sozial-emotionale Entwicklung. Für Schülerinnen und Schüler mit extrem ausgeprägten Förderbedarfen, insbesondere im sozial-emotionalen Bereich, werden wir die angebotenen Maßnahmen, wie zum Beispiel temporäre Lerngruppen an den ReBBZ und den allgemeinen Schulen, ausweiten, evaluieren und weiterentwickeln.

Allgemeine Schulen werden seit 2010 vermehrt angewählt, es gibt aber nicht überall optimale Bedingungen. Regionale Bildungs- und Beratungszentren wollen wir wieder zu Schulen entwickeln und als solche benennen, weil Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, zum Beispiel mit dem Schwerpunkt Lernen, Sprache und sozial-emotionale Entwicklung, hier unterrichtet werden. In der Lehreraus- und Lehrerfortbildung bedarf es der Ergänzung um das Thema Autismus, um wirklich in allen Förderschwerpunkten auszubilden und bundesweit eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Noch immer gibt es zu viele Kitas direkt auf dem Gelände von Flüchtlingsunterkünften und zu viele Flüchtlingskinder besuchen vor allem Schulen in sozialen Brennpunkten. Wir wollen die soziale Durchmischung von Kitas und Schulen voranbringen. Wir wollen ein Programm auflegen, das Lehrerinnen und Lehrer bei Integrationsproblemen von Kindern und Jugendlichen mit Beratungsangeboten und spezieller Weiterbildung unterstützt. Es sollen bezirkliche Anlaufstellen für Pädagoginnen und Pädagogen sowie Ehrenamtliche zu Fragen der Integration eingerichtet werden.

Das Erlernen der deutschen Sprache ist für den Bildungserfolg unserer Kinder eine unbedingte Voraussetzung. Kindern mit Sprachförderbedarf, zum Beispiel aufgrund von Migrationshintergrund, aber auch von sozialindizierten Gründen, muss in den Regelklassen eine tägliche integrative und additive Sprachförderung von mindestens einer Schulstunde ermöglicht werden. Hierfür werden wir den Lehrkräften entsprechende Zeitkontingente als Ressource pro Schülerin/Schüler zur Verfügung stellen. In diesem Sinne ist es notwendig und sinnvoll, die Anzahl ausgebildeter Lehrkräfte im Fach Deutsch als Zweitsprache deutlich zu erhöhen. Diese Maßnahmen sind ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit unseres Bildungssystems.

Die Bildungssprache Deutsch ist zu stärken. Es muss deutlich werden, dass sie nicht nur die Grundlage für schulischen und beruflichen Erfolg ist, sondern auch als Basis für Gemeinschaft und Zugehörigkeit dient. Pädagogik und Sozialarbeit sollen mehr Diskurselemente erhalten, um eine liberale Streitkultur mit neuen Formaten der Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit zu entwickeln. Im schulischen Bereich hat sich dafür beispielsweise der Wettbewerb „Jugend debattiert“ etabliert.

Der politischen Bildung kommt eine zentrale Bedeutung zu. Lehrpläne und Schulcurricula sollen auch die SED-Diktatur angemessen einbeziehen sowie verpflichtende NS- und DDR-Gedenkstättenbesuche für Schülerinnen und Schüler vorsehen. Dabei sollen auch Fragen zu jüdischem Leben beleuchtet werden. Wir wollen spezielle Programme für Schülerinnen und Schüler auflegen, um Extremismus zurückzudrängen und wirksam zu verhindern. Neben einer profunden Wissensvermittlung über die Schrecken des Naziregimes sollen speziell auch Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit bekämpft werden. Zugleich wollen wir Maßnahmen einführen, die Lehrerinnen und Lehrer darin unterstützen, mit Problemen von Extremismus, Antisemitismus und Islamismus umzugehen.

Überschaubarkeit und Vielfalt – Bessere Rahmenbedingungen für Schulen schaffen

Trotz steigender Schülerzahlen muss auch weiterhin genug Raum für unsere Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stehen. Bei der Umsetzung des neuen Schulentwicklungsplans muss das Musterflächenprogramm eingehalten werden. Als CDU legen wir großen Wert auf ausreichend Freiflächen mit hoher Aufenthaltsqualität statt grauer Tristesse. Heutige Großstadtkinder machen kaum noch Naturerfahrungen, die für eine gesunde Entwicklung jedoch nachweislich prägend sind. Daher sollen vor allem bei Neubauten in stark verdichteten Quartieren Außengelände geschaffen werden, die für Kinder und Jugendliche bewegungsanregend modelliert und in Vielfalt naturnah gestaltet sind.

Auch Sporthallen und Fachräume dürfen aufgrund von Platzmangel nicht eingespart werden. Grundsätzlich bevorzugen wir den Erhalt von kleinen Schuleinheiten. Kinder benötigen keine riesigen anonymen Betonburgen zum Lernen, sondern Schulen, in denen sie sich entwickeln können und zu denen sie sich zugehörig fühlen. Wir wollen eine maximale Zugänglichkeit für Grundschulen von regelhaft fünf Parallelklassen, für Stadtteilschulen und Gymnasien von sechs Zügen.

Zudem wollen wir die Schulwege in Hamburg gezielt sicherer machen und in allen sieben Bezirken ein eigenes Bündnis für sichere Schulwege ins Leben rufen. Für ein vielfältiges und ausgewogenes schulisches Angebot sind die Schulen in freier Trägerschaft unverzichtbar. Sie sind Teil eines Angebots auch in konfessioneller oder weltanschaulicher Richtung

unter dem Dach unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Aus diesem Grund bedarf es einer konzertierten Aktion zur Stärkung der rechtlichen Rahmenbedingungen und der finanziellen Zuwendungen für die Schulen in freier Trägerschaft.

Herausforderungen und Chancen des digitalen Wandels nutzen – Schulen fit für die Zukunft machen

Die Digitalisierung hält Einzug in sämtliche Lebensbereiche. Sie bietet neue Chancen für Wissenschaft und Wirtschaft. Die Grundlagen werden in den Schulen gelegt. Daher müssen wir Hamburgs Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf die Herausforderungen und Chancen des digitalen Wandels vorbereiten und sie rechtzeitig für die digitale Wissensgesellschaft begeistern. Wir werden das Angebot schulischer und außerschulischer Medienkompetenzprogramme ausbauen.

Es bedarf eines flächendeckenden Breitbandanschlusses mit schnellen Glasfaserverbindungen sowie eines WLAN-Ausbaus mit hoher Datenrate an Hamburgs Schulen, um eine digitale Souveränität im Bildungsbereich zu erreichen. Wir brauchen ein einheitliches Betriebssystem und Lizenzen für hochwertige Software und eine Standard-Cloud-Lösung für Lehrerinnen und Lehrer zur Vernetzung und zum Austausch. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung zum Themenbereich Digitalisierung sowohl fachlich als auch für den methodischen Einsatz im Unterricht muss systematisch geplant werden. Eine Bereitstellung von Bausteinen zur Unterrichtsgestaltung und zur Unterstützung von differenzierten Lerninhalten ist erforderlich. Die zur Verfügung stehende Technik muss auch funktionsfähig sein und bleiben. Wir werden für die Aufrechterhaltung der Technik an jeder Schule eine IT-Spezialistin beziehungsweise einen IT-Spezialisten einstellen, damit die Lehrerinnen und Lehrer ihren Unterrichtsaufgaben nachgehen können.

Bereits heute fehlen in Deutschland über 100.000 IT-Fachkräfte. Umso wichtiger ist es, Schülerinnen und Schüler durch ein frühes und flächendeckendes Angebot des Fachs Informatik für eine Ausbildung oder ein Studium in diesem Bereich zu begeistern. Sie müssen unter anderem fit gemacht werden in Grundzügen der Programmierung und des Datenschutzes für den späteren Umgang mit innovativen Zukunftstechnologien wie künstlicher Intelligenz, 3D-Druck, Robotik und Blockchain-Modellen, die den sicheren Umgang

mit riesigen Datenmengen ermöglichen. Genauso wie im Physikunterricht gelehrt wird, wie ein Motor funktioniert, soll das Fach Informatik die Schülerinnen und Schüler dafür sensibilisieren, wie das Internet „funktioniert“. Dazu gehören auch die Grundlagen über die Funktionsweise von Algorithmen. Dieses Wissen soll helfen, Chancen und Risiken der Digitalisierung richtig einzuschätzen.

Engagement und gute Ausbildung gesucht – Ausreichend Fachkräfte gewinnen

Die ganztägigen schulischen Bildungs- und Betreuungsangebote sind uns ein sehr wichtiges Anliegen. Daher wollen wir für unsere Kinder das Angebot erheblich verbessern. Grundvoraussetzung für guten, qualitativ hochwertigen Unterricht sind engagierte und gut ausgebildete Lehrkräfte. Schon heute fehlen in Hamburg Lehrerinnen und Lehrer. Wachsende Schülerzahlen, der Ausbau der Ganztagsangebote und die geplante Verkleinerung der Klassen führen darüber hinaus zu einem erheblichen Mehrbedarf an Lehrkräften. Wir benötigen einen Masterplan Fachkräftegewinnung für den vorschulischen und schulischen Bereich, um diesem Bedarf gerecht zu werden. Insbesondere für den Beruf der Lehrerin oder des Lehrers in den MINT-Fächern und in der Sonderpädagogik sind gezielte Werbemaßnahmen erforderlich, um bereits kurzfristig die Ausbildungskapazitäten zielgerichtet und deutlich zu erhöhen.

Unsere Kinder sind angesichts ihrer Interessen, ihres kulturellen Hintergrunds, ihrer Fähigkeiten, ihrer Begabungen und der Erwartungen der Eltern sehr unterschiedlich – deshalb brauchen wir für die jeweilige Schulform entsprechend ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Es bedarf bei der Ausbildung einer Differenzierung zwischen Stadtteilschulen und dem gymnasialen Zweig. Wir werden die Ausbildung dahingehend reformieren. Für eine bessere Vermittlung der Berufsorientierung wollen wir auch für Lehrerinnen und Lehrer verpflichtende Praktika in nichtakademischen Berufszweigen als Weiterbildungselement einführen. Lehrerinnen und Lehrer sind in ihrem Berufsalltag oft besonderen Anforderungen und Belastungen ausgesetzt. Die Gesundheit unserer Lehrerinnen und Lehrer ist uns wichtig. Wir wollen Burn-out und andere Krankheiten verhindern und das Lehrpersonal darin unterstützen, gesund zu bleiben oder wieder gesund zu werden. Daher werden wir die bereits

bestehenden Programme zur Prävention und Gesundheitsförderung für Lehrkräfte stärken und darüber hinaus prüfen, wie ein eigenes arbeitsmedizinisches Institut dafür eingerichtet werden kann. Um den steigenden Anforderungen von Schulen durch genügend Lehrpersonal gerecht zu werden, wollen wir Lehrerinnen und Lehrer von nicht pädagogischen Aufgaben und Arbeiten entlasten. So werden in der Schule neben Lehrkräften, Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen sowie Erzieherinnen und Erziehern künftig auch Verwaltungs-, IT- und technisches Personal die multiprofessionellen Teams ergänzen.

7. Zusammen eine Wissenschaftsmetropole werden

Eine wachsende Stadt benötigt einen wachsenden und exzellenten Wissenschaftssektor. Dazu gehört eine solide Finanzierung in der Breite ebenso wie die Förderung von Leuchtturmprojekten, wie den vier „neuen“ Hamburger Exzellenzclustern, einem neuen Naturkundemuseum und einem Science Center als naturwissenschaftliches Erlebnismuseum. Die Universität Hamburg ist in ihrem Jubiläumsjahr als Exzellenzuniversität ausgezeichnet worden.

Nun gilt es, die Technische Universität Hamburg in den TU 9 zu etablieren und die HAW Hamburg nach ihrem 50-jährigen Jubiläum für Forschung weiter zu öffnen und im Bereich Duales Studium weiter zu stärken.

Mehr Geld – Finanzierung des Wissenschaftsstandorts Hamburg verbessern

Während sich die Ausgaben des Bundes für Forschung und Entwicklung seit 2005 fast verdoppelt haben, steht Hamburg mit 2,22 Prozent Investitionen in Forschung und Entwicklung im unteren Mittelfeld der Bundesländer. Der Aufwuchs der Mittelzuweisung für die Hochschulen war viel zu lange bei 0,88 Prozent festgeschrieben. Dieses geringe Ausgabenwachstum ist schädlich für die Zukunft unserer Stadt. Wir werden die Wissenschaft in Hamburg finanziell stärken und uns an dem vom Wissenschaftsrat formulierten Aufwuchs-

ziel von drei Prozent orientieren. Um dieses Ziel zu erreichen, benötigen wir ein übergreifendes Finanzierungskonzept und Anstrengungen aller Beteiligten, auch der Wirtschaft.

Bessere Lernbedingungen – Sanierungsstau an den Hamburger Hochschulen beseitigen

Die Hamburger Hochschulen belastet einen Sanierungsstau von über einer Mrd. Euro. Diesen Sanierungsstau wollen wir beseitigen. Dafür werden wir zunächst einen umfassenden Bericht über die Sanierungsbedarfe aller Hamburger Hochschulen anfertigen. Darauf aufbauend werden wir ein Konzept zur Sanierung aller staatlichen Hochschulen in Hamburg bis Ende 2020 erstellen und umsetzen. Uns ist bewusst, dass dieses eine Aufstockung beim fachkompetenten Personal und bei den Projektleitungen in den Hochschulen und der Baubehörde sowie eine Verschlankung der Vergabeprozesse notwendig macht.

Erfahrungen nutzen – Internationalisierung der Hochschulen vorantreiben

Für die Zukunftssicherung Hamburgs als Hochschulstandort muss die Internationalisierung der Hochschulen vorangetrieben werden. Wir werden zusammen mit den Hamburger Hochschulen ein Konzept entwickeln, um mehr internationale Professuren und Forschungsprojekte aber auch mehr internationale Studierende nach Hamburg zu holen. Ein Ausgangspunkt sind die bestehenden Partnerschaften unserer Hochschulen und Universitäten im Ausland. Wir setzen uns für eine stärkere Partnerschaft mit Israel ein. Dies gilt insbesondere für Kooperationen in Wissenschaft und Wirtschaft. Unser Ziel ist eine Städtepartnerschaft mit einer israelischen Stadt.

Unternehmergeist stärken – Entrepreneurship fördern

Entrepreneurship ist ein Zukunftsthema und betrifft die Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Wirtschaft.

Das Thema Ausgründungen muss als Querschnittsthema in mehr Fächern als bisher unterrichtet werden. Wir wollen in den kommenden Jahren mindestens zehn neue Professuren

für Entrepreneurship an den Hamburger Hochschulen einrichten. Zudem sollen Erfahrungen von europäischen Partnerhochschulen und -universitäten genutzt werden, um die Gründungskultur an den Hamburger Hochschulen zu stärken. Bestehende Einrichtungen wie das Startup Dock sind entsprechend ihrer Bedürfnisse zu stärken und auszubauen.

Für Grundlagen begeistern – Naturwissenschaften stärken

Wir wollen die Pläne zum Bau eines Naturkundemuseums unter dem Dach der Leibniz-Gesellschaft fortführen. Denn mit der hervorragenden Sammlung des Zoologischen Museums lassen sich im neuen Museum sehr gut Forschungsvorhaben und Ausstellungen zum Thema Klima und Biodiversität realisieren.

Darüber hinaus wollen wir die Idee eines Science Centers als naturwissenschaftlichem Erlebnismuseum umsetzen. Im Science Center sollen den Besucherinnen und Besuchern unter anderem mithilfe von Experimenten naturwissenschaftliche und technische Phänomene nähergebracht werden.

Mehr Menschen zu Studierenden machen – Stipendienkultur stärken

Viel zu wenig Studierende beziehen in Hamburg ein Deutschlandstipendium. Wir wollen die Stipendienkultur stärken, unter anderem durch die Ausweitung und bessere Vermarktung des Beratungsangebots im Bereich Stipendien. Hier bedarf es der gezielten Ansprache der Unternehmen, aber auch gegebenenfalls einer höheren Attraktivität für die Unternehmen.

Besser lernen, besser feiern – Wohnheimplätze aufstocken

In Hamburg fehlen Wohnheimplätze für Studierende. Mit einer Versorgungsquote von gerade einmal 8,3 Prozent bei bereitstehenden Wohnheimplätzen liegt Hamburg unter dem Bundesdurchschnitt. Wir wollen mehr öffentliche Studierendenwohnheimplätze bauen und mindestens den Bundesdurchschnitt erreichen.

8. Zusammen Gemeinschaft fördern

Wenn es allen in Hamburg zukünftig besser gehen soll, kommt es nicht nur auf eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft, auf Sicherheit und Gerechtigkeit, auf Wohnen und Mobilität an, sondern auch und vor allem auf den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Spaltung und Polarisierung müssen vermieden werden. Die Zukunft geht alle etwas an, die Alten und die Jungen, die Schnellen und die Langsamen, die Bewahrer und die Progressiven. Wir müssen in Hamburg die Herausforderungen zusammen meistern und Lösungen finden, die für alle gut sind. Dabei muss klar sein, dass es oft viele Lösungen gibt und dass alle – auch und gerade die Schwachen und die Leisen – einen Anspruch haben, gesehen und gehört zu werden.

Wir stehen für eine Sozialpolitik, die jedem Einzelnen mit Wertschätzung begegnet und Chancen eröffnet. Eine Ideologie der staatlichen Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger lehnen wir ab. Toleranz und Achtung vor den unterschiedlichen Lebensentwürfen der Menschen sowie Anerkennung und Förderung von Leistung im Rahmen der jeweiligen Fähigkeiten und Möglichkeiten sind unser Leitmotiv. Selbstbestimmung, Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Freiheit, verbunden mit dem Auftrag, den Bedürftigen zu helfen, haben für uns einen zentralen Wert.

Uns kommt es daher darauf an, dass die Menschen in Hamburg die Freiheit und Möglichkeit haben, selbst Verantwortung zu übernehmen. Nicht nur für sich und das eigene Leben, sondern auch für die Familie, für Freunde, für Nachbarn und für die gesamte Gesellschaft. Und denjenigen, die sich nicht selbst helfen können oder niemanden haben, stehen die Gesellschaft und der Staat solidarisch zur Seite. Denn Zusammenhalt in der Gesellschaft entsteht dort, wo Menschen füreinander einstehen und nicht nur sich selbst im Blick haben. Dieser Zusammenhalt macht eine gute, stabile Gesellschaft aus, in der für jede und jeden ein Platz ist.

Unsere Zukunft sichern – Familien und Kinder stärken

Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft. Hier wird Gemeinschaft gelebt und das Aushandeln von Regeln und Werten eingeübt. Starke familiäre Strukturen bieten Vertrautheit, Schutz und Stabilität. Der besondere Schutz der Familie ist daher eine wichtige staatliche Aufgabe. Familien leben unterschiedlich, haben verschiedene Rollenverteilung, Werte und Regeln. Wir setzen uns für die Achtung der Familie ein. Jedes Familienmodell hat seine Berechtigung. Da gibt es kein richtig und falsch. Uns kommt es darauf an, dass Verantwortung übernommen wird und Zeit füreinander ist. Bestimmte Lebensmodelle sehen sich jedoch besonderen Herausforderungen ausgesetzt. So lebt ein überproportional hoher Anteil der von Armut gefährdeten Kinder bei alleinerziehenden Eltern. Wir werden sie, aber auch kinderreiche Familien, mit speziellen, ihren Alltag entlastenden Maßnahmen unterstützen.

Familien brauchen Zeit. Eine Schlüsselaufgabe bei der Familienförderung ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu gehört zuallererst eine Qualitätssteigerung der Kindertagesbetreuung in Hamburg. Durch mehr Personal werden wir die Betreuungssituation in den Hamburger Kindertageseinrichtungen verbessern. Hierfür bedarf es aber einer gezielten Offensive zur Gewinnung weiterer Fachkräfte. Mit Trägern, Verbänden und Gewerkschaften werden wir hierfür eine konzertierte Aktion entwickeln.

Wir werden die Qualität der Kitabetreuung regelmäßig extern evaluieren lassen. Wir wollen Kitas auch anlasslos und unangekündigt einer Prüfung unterziehen. Außerdem wollen wir Tagesmütter und -väter stärken. Eltern lassen insbesondere jüngere Kinder gerne dort betreuen, weil wenige Kinder auf eine Betreuungsperson kommen und die Betreuung flexibel und im nahen Umfeld möglich ist. Dabei setzen wir uns für eine bessere finanzielle Vergütung für Tagesmütter und -väter und deren Qualifikation sowie eine bessere Unterstützung durch die bezirklichen Tagespflegebörsen ein.

Die Suche nach einem Platz in der Kinderbetreuung gerät oft zu einer langen Reise durch verschiedene Einrichtungen mit Plätzen auf unzähligen Wartelisten. Niemand in der Stadt hat einen Überblick über den Bedarfsdruck in den verschiedenen Bezirken und Stadtteilen.

Bei der Planung von Angebot und Nachfrage der Betreuungsplätze muss die Sozialbehörde stärker in die Verantwortung genommen werden und eine koordinierende Rolle übernehmen. Wir wollen Eltern helfen, ihren Alltag mithilfe einer Onlinebörse im Internet und per App zu vereinfachen. Durch diese sollen Kitaplätze vermittelt und Anträge auf Leistungen eingereicht werden können. Außerdem soll die App über Angebote für Sport, Kunst, Musik, Digital- und Medienkompetenztrainings, Elternberatung und -training, Hilfen bei Problemen, niedrigschwellige Angebote der Betreuung wie zum Beispiel betreute Spielplätze etc. tagesaktuell informieren und als Buchungsplattform dienen. Auf diese Weise erhalten Familien einen Überblick, vermeiden Vielfachmeldungen auf verschiedenen Wartelisten und sparen wertvolle Zeit. Gleiches streben wir für die Suche nach Plätzen in Senioren- und Pflegeheimen an.

Die Schwächsten schützen – Kinder- und Jugendhilfe verbessern

Wenn Eltern Unterstützung und Hilfe durch das Jugendamt benötigen und wünschen, müssen die Angebote passgenau sein. Dazu gehört, dass bei Familien in Not nicht abgewartet wird, bis gar nichts mehr geht, sondern die belasteten Familien möglichst frühzeitig niedrigschwellige Unterstützungsangebote erhalten. Gerade viele Alleinerziehende brauchen lediglich Hilfe im Haushalt, beim Abholen der Kinder von der Schule und bei der Hausaufgabenbetreuung, können sich aber selbst keine professionelle Hilfe leisten. Nahelegend ist daher eine unkomplizierte Unterstützung – oft auch nur vorübergehend – ohne gleich zu einem Fall für die Jugendhilfe zu werden. Wir wollen daher Familienerholung und Familienunterstützung bei Krankheit oder zeitweiliger Überforderung fördern und die Erziehungs-, Eltern- und Paarberatung, Mediationsangebote und die Frühen Hilfen stärken. Die Überforderung von Säuglingseltern kann fatale Folgen wie das Schütteln der Kinder zur Folge haben. Zu diesem Thema wollen wir eine Informationskampagne starten.

In Fällen einer von den Eltern nicht abzuwendenden oder verursachten Kindeswohlgefährdung müssen Jugendämter schnell und effektiv ihrem Schutz- und Wächteramt gerecht werden können. Der Anspruch, dass kein Kind zu spät und kein Kind zu früh aus einer Familie genommen werden darf, stellt die Jugendämter vor große Herausforderungen. Ihnen

müssen die personellen und organisatorischen Ressourcen an die Hand gegeben werden, damit sie diesem Anspruch gerecht werden können.

Das Kind muss nach der Herausnahme auch wirklich dorthin kommen, wo es ihm langfristig besser geht. Insofern muss die Risikoanalyse, die Planung der Hilfe und deren Überprüfung hinsichtlich der Wirkung mit größtmöglicher Kompetenz, Fachlichkeit und Einzelfallkenntnis erfolgen. Dazu gehört auch, dass die Einhaltung geltender Regeln und Abläufe kontinuierlich kontrolliert wird und mit aufgedeckten Missständen im Rahmen einer guten Fehlerkultur offen und transparent umgegangen wird. Die Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte stärken“ wollen wir umsetzen, wo nötig aber auch darüber hinausgehen.

Für diese schwierige und komplexe Aufgabe müssen die Entscheidungsträger in den Jugendämtern, Familiengerichten, die Sachverständigen und die Verfahrensbeistände bestmöglich qualifiziert sein und sich stetig fortbilden. Dieser Anspruch gilt auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Heimen, für Pflegeeltern und für Familienhelferinnen und -helfer. Die Unterstützung des Kindes und der Familie kann nur wirken, wenn die Verantwortlichen im Helfersystem miteinander kooperieren und sich informieren. Dies wollen wir mit gezielten Maßnahmen fördern. Wir brauchen Jugendämter, die personell gut ausgestattet sind und ihrer Unterstützungs- und Kontrollfunktion, zum Beispiel gegenüber Pflegefamilien und Betreuungseinrichtungen, besser nachkommen können. Wir wollen in Qualifikation, Qualitätsmanagement und Jugendhilfeplanung investieren. Außerdem wollen wir die sozialen Berufe attraktiver machen und die Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verhindern. Auch Pflegeeltern, insbesondere von behinderten Kindern und Bereitschaftspflegeeltern, benötigen mehr Unterstützung bei ihrer wichtigen und wertvollen Tätigkeit. Die offene Kinder- und Jugendarbeit leistet zudem einen wichtigen niedrigschwelligen Beitrag zur Kinder- und Jugendarbeit. Wir wollen dieses Angebot erhalten und zielgerichtet stärken.

Kritik an Entscheidungen in der Kinder- und Jugendhilfe müssen ernst genommen werden. Bei staatlichen Eingriffen in die Familie sind die Grundrechte von Kindern und Eltern in besonders kritischer Weise betroffen. Es ist Realität, dass zwischen Familien mit einem Hilfebedarf und staatlichen Institutionen oft ein Machtgefälle besteht. Die staatlichen Institu-

tionen stehen dabei in der Pflicht, mit der Machtasymmetrie sensibel und selbstkritisch umzugehen. Die Aufgaben für den Kinderschutz müssen auf Landesebene gebündelt und einheitlich organisiert werden.

Hamburg muss endlich wieder auch Verantwortung für Jugendliche übernehmen, für die eine geschlossene Unterbringung benötigt wird. Wir brauchen eine eigene Hamburger Möglichkeit, diesen Jugendlichen in einer geschlossenen pädagogischen Unterbringung gerecht zu werden.

Werdende Eltern sollen alle Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Gerade bei unerfülltem Kinderwunsch, bei pränatal auffälligem Befund des Kindes und bei Konflikt- und Notsituationen gibt es viele Fragen und Sorgen sowie das Bedürfnis, nicht alleine gelassen zu sein. Wir werden daher die psychosoziale Beratung für Schwangere ausbauen, die das Leben und das Wohl von Mutter und Kind unvoreingenommen im Blick hat und die Frauen in dieser Situation stärkt.

Neben dem besonderen Schutz der Kinder geht es aber auch darum, Kindern und ihren Familien mehr Wertschätzung entgegenzubringen und die Stadt Hamburg zu einem attraktiven Umfeld für Familien zu entwickeln. Dafür benötigen wir in Hamburg mehr Orte, an denen sich Kinder und Eltern wohlfühlen. Dazu zählen beispielsweise Nachbarschaftszentren, Kinder- oder Familiencafés, in denen die Kinder spielen können, während die Eltern in Ruhe essen oder Kaffee trinken können.

Entwicklung der Jüngsten fördern – Angebote für Kinder und Jugendliche verbessern

In Hamburg gibt es vergleichsweise wenige Bolz- und Spielplätze und die vorhandenen Spielorte befinden sich häufig in einem schlechten baulichen und pflegerischen Zustand. Marode Spielgeräte bergen auch Sicherheitsrisiken. Mithilfe von Patenschaften, neuen Finanzierungsmöglichkeiten und innovativen Formen der Beteiligung von Kindern an der Gestaltung werden wir mehr Orte zum Spielen, Toben und Bewegen schaffen. Ein Problem, das immer wieder von Eltern benannt wird, sind fehlende Toiletten auf Spielplätzen. Beim Neu- und Ausbau der Spielplätze muss dieses Problem stärker berücksichtigt werden. Au-

ßerdem wollen wir mehr inklusive Spielplätze in Hamburg. Unser Ziel ist es, dass sich in einem ersten Schritt auf jedem Spielplatz mindestens ein behindertengerechtes beziehungsweise inklusives Spielgerät findet.

Auch die Jugendlichen brauchen Orte für sich. Wir wollen die vom SPD-Senat vorgenommene Kürzung der offenen Kinder- und Jugendarbeit zurücknehmen und durch eine zugesicherte Übernahme von Tarifverträgen für den Zuwendungsbereich eine auskömmliche Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe erreichen. In einer wachsenden Stadt mit einer steigenden Einwohnerzahl müssen auch mehr Einrichtungen für Kinder und Jugendliche geschaffen werden. Hier wollen wir breiter denken und eine Verzahnung mit anderen Institutionen wie Vereinen und Verbänden fördern, um attraktive Bildungsmöglichkeiten neben der Schule anzubieten, zum Beispiel Medienkompetenz, berufliche Bildung und ehrenamtliches Engagement in Hilfsorganisationen. Besonders in den Ferienzeiten, in denen die Eltern häufig nicht in der Lage sind, alle Betreuungszeiten abzudecken, sollen mit diesem Angebot attraktive Möglichkeiten geschaffen werden. Wir wollen die Jugendverbandsarbeit erhalten und weiterhin unterstützen.

Wir wollen allen Kindern kulturelle Bildung nahebringen. Hamburg verfügt über zahlreiche Museen, Theater und Konzerthallen und eine ausgeprägte Kinder- und Jugendkultur. Für Kinder und Jugendliche sind bereits diverse Angebote kostenfrei. Dies wollen wir künftig noch ausweiten. Zudem sollen in allen staatlichen oder öffentlich geförderten Einrichtungen Familieneintrittskarten angeboten werden, die die Zahl der Kinder einer Familie nicht begrenzen.

Hauptsache Hamburger – Menschen mit ausländischen Wurzeln besser integrieren

Unsere Stadt soll Heimat für alle Hamburgerinnen und Hamburger sein – egal woher sie stammen, welche Hautfarbe sie haben, in welcher Partnerschaft sie leben wollen und welcher Religion sie angehören. Integration beruht auf Gegenseitigkeit und ist eine Querschnittsaufgabe für alle Bereiche der Stadt. Im Ausland erworbene Qualifikationen und Diplome müssen schneller anerkannt werden, um dem Mangel an Fachkräften entgegenzuwirken. Bei der Integration werden wir verstärkt mit den Migrant*innenorganisationen und -

communities sowie den Verbänden der Aussiedlergemeinschaft zusammenarbeiten. Wir werden neue Mentoring-Programme für Schulen auflegen. Erfolgreiche Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen Communities und Herkunftsländern können Vorbilder sein und Schülerinnen und Schülern von ihrem Weg erzählen und sie so motivieren, Schwierigkeiten zu überwinden und ihren Schulabschluss zu machen.

Wir werden künftig die wirtschaftlichen Aspekte der Integration stärken: Migrantinnen und Migranten leisten als Selbstständige einen immer wichtigeren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Hamburgs. In Hamburg wie auch in Deutschland insgesamt fehlt es an Gründerinnen und Gründern und Unternehmensnachfolgen. Hier sehen wir ein großes Potenzial unter Zuwanderinnen und Zuwanderern. Hamburg ist auch in Zukunft auf eine qualifizierte Zuwanderung angewiesen. Dafür ist eine Strategie für mehr Internationalität und eine Willkommenskultur in allen Bereichen des Wirtschafts-, Sozial- und Bildungswesens unserer Stadt erforderlich. Die Vielfalt der Lebensstile und der gelebten Solidarität in den vielfältigen Formen von Familie und Partnerschaft bereichern Hamburg und prägen das liberale Klima unserer Stadt.

Integration ist eine gemeinsame Aufgabe, der sich sowohl Zuwanderinnen und Zuwanderer als auch unsere Stadtgesellschaft stellen müssen. Damit die Integration gelingt, müssen sich Flüchtlinge sowie Migrantinnen und Migranten an zentraler Stelle über alle Integrationsprojekte informieren können. Wir wollen Flüchtlingen helfen, unsere Werte und Normen schnell kennen zu lernen und sie zu verinnerlichen. Dazu gehört auch, dass wir mehr Migrantinnen und Migranten für das Ehrenamt gewinnen und den Integrationsbeirat reformieren wollen. Außerdem wollen wir die Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge effizienter und transparenter gestalten.

Engagement der Menschen fördern – Ehrenamt stärken

Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement in den Hilfsdiensten, im Sport, in der Kirche oder in der Kultur macht unsere Stadt besser und menschlicher, entlastet die staatlichen Strukturen und trägt erheblich zum Zusammenhalt bei. Das Gefühl und Bedürfnis, Teil der Stadtgesellschaft zu sein und sich mit seinen Möglichkeiten einzubringen, zeichnet uns

Hamburgerinnen und Hamburger aus. Gegenseitige Fürsorge und Übernahme von Verantwortung sind Garant für einen guten gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir erkennen diese besondere Leistung in Vereinen und Organisationen an und sind allen Ehrenamtlichen für ihren unverzichtbaren Dienst an der Allgemeinheit dankbar. Wir wollen, dass sich noch mehr Menschen in Vereinen und Organisationen engagieren, insbesondere Jugendliche und Menschen mit Migrationsgeschichte. Wir werden das Ehrenamt stärken und fördern und bei der Organisation von Stadtteilstesten unterstützen und die sozial tätigen Einrichtungen in den Quartieren vernetzen. Mit einer Bonuskarte „Hamburg sagt Danke“ nach dem Vorbild der Ehrenamtskarte in Schleswig-Holstein und Niedersachsen sollen alle Ehrenamtlichen Rabatte bei Kooperationspartnern bekommen, unter anderem bei Einkäufen in Geschäften, in Restaurants, bei Museums- oder Theaterbesuchen sowie beim HVV.

Wir werden die Freiwilligenagenturen personell in einer Art und Weise stärken, dass sie mehr Termine an Schulen, in Unternehmen und auf Messen wahrnehmen können, um dort über die Bedeutung und die Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements zu informieren. Wir wollen Ehrenamtslotsen einrichten, die die ehrenamtlich Tätigen in den zum Teil unübersichtlichen Strukturen und Anforderungen, zum Beispiel für die Ausrichtung von Nachbarschafts- und Stadtteilstesten oder bei der Realisierung von Projekten und Vorhaben, unterstützen. Außerdem soll die Arbeit und das Wissen um die Existenz der Ehrenamtsbörse freiwillig.hamburg.de verbessert werden. Wir werden eine Kampagne entwickeln, um die Nachbarschaften zu stärken. Nachbarn können sich gegenseitig unterstützen: für die ältere Nachbarin etwas vom Einkauf mitbringen, Pakete füreinander annehmen oder einfach nur hinschauen und so den Schutz vor Einbruch verbessern.

Wir wollen, dass sich Menschen mit Beeinträchtigungen in Hamburg überall wohl fühlen. Dafür muss die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden beziehungsweise auf Plätzen im öffentlichen Raum konsequenter umgesetzt werden.

Erfahrungen nutzen, Einsamkeit bekämpfen – Einen größeren Fokus auf die ältere Generation legen

Wir werden kulturelle Angebote für ältere Menschen schaffen und die Seniorentreffs stärken und modernisieren. Vor allem soll der Grundsatz „Hauptamt stärkt Ehrenamt“ gelten,

weil aktuell zwei Drittel der Seniorentreffs ausschließlich von ehrenamtlichen Leitungen geführt werden und aufgrund des eigenen hohen Alters Unterstützung einfordern. Die Seniorentreffs müssen modernisiert werden und benötigen eigene Richtlinien für die Qualitätssicherung. Nach dem Motto „Integration statt Separation“ ist uns zudem daran gelegen, die Generationen und Bedürfnisse besser miteinander zu vernetzen. Eine gute Nachbarschaft ist dafür auf einen Raum für Begegnung angewiesen. Wir wollen verstärkt Nachbarschaftszentren einrichten und nicht mehr alle Institutionen separieren.

Der Seniorentreff zusammen mit dem Familienzentrum und dem Integrationscafé in einem Haus eröffnet Chancen für Begegnungen und für ein gegenseitiges Lernen. Um Beteiligungsformen für ältere Menschen zu verbessern, ist Expertise gefragt. Deshalb müssen die Seniorenbeiräte gestärkt werden. Darüber hinaus wollen wir ein Forschungsprojekt „Teilhabe im Alter“ starten.

Der Lebensabschnitt nach dem Ausscheiden aus dem Beruf verdient mehr Aufmerksamkeit. Wurden bisher die Betreuungswünsche in den Vordergrund gestellt, so wollen wir verstärkt auf die Potenziale der älteren Generation setzen. Dies gilt auch für reichhaltigen Erfahrungen, die diese Menschen gemacht haben und nun weitergeben können. Ob Besuche von Kitagruppen in Seniorenheimen oder Lesepatenschaften von älteren Menschen in Kitas und Schulen – mit generationenübergreifenden Projekten wollen wir das Verständnis zwischen den Generationen stärken und die gegenseitige Unterstützung fördern.

Einsamkeit und Isolation im Alter ist ein wichtiges Thema und hat viele Ursachen, aber auch massive soziale und gesundheitliche Auswirkungen. Wir brauchen eine Enttabuisierung und eine stärkere Sensibilität für das Thema und müssen Wege finden, Menschen aus ihrer Einsamkeit herauszuhelfen. Wir werden uns des Themas annehmen und gemeinsam mit der Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppen, wie Seniorenorganisationen, Ärztinnen und Ärzten sowie Kirchen, neue Konzepte entwickeln. Die Aktivitäten sollen in einer Anlaufstelle koordiniert werden. Gemeinsam mit der Ärztekammer werden wir einen Leitfaden entwickeln, der Hausärztinnen und Hausärzte darin unterstützt, Patientinnen und Patienten über Angebote gegen Einsamkeit zu informieren. Eine Sensibilisierung aller Angebote in den Stadtteilen, wie Kultur- und Bürgerzentren, Seniorentreffs, aber auch

ausgebaute Besuchsdienste, werden dazu beitragen, einsame und isolierte Menschen wieder stärker in das gesellschaftliche Leben zu integrieren.

Diversity als Vorteil – Vielfalt einfordern und stärken

Hamburg ist eine tolerante und weltoffene Stadt. Diskriminierungen aufgrund der Hautfarbe, Religion oder Herkunft lehnen wir genauso ab wie Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung. Die Menschen sind frei und die sexuelle Orientierung ist Privatsache. Die CDU Hamburg war immer Vorreiter für die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften und für den Kampf gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. Noch bestehende Diskriminierungsmerkmale werden wir weiter abbauen. Die CDU Hamburg setzt sich dafür ein, die bestehenden LSBTI-Ansprechpersonen bei der Polizei Hamburg weiterhin zu unterstützen, und wirbt dafür, dieses Angebot weiter auszubauen. Die CDU Hamburg unterstützt Schulprojekte, in denen für Toleranz gegenüber den verschiedenen Beziehungsmodellen geworben wird. Vielfalt ist ein Standortvorteil. Hamburg ist eine moderne und aufgeschlossene Stadt. Die CDU wird darauf hinwirken und dafür werben, dass sich mehr Unternehmen der Charta der Vielfalt verpflichten.

Den wirklich Bedürftigen helfen – Obdachlosigkeit bekämpfen, professionelle Bettelei unterbinden

Die jüngste Obdachlosenbefragung hat ergeben, dass fast doppelt so viele Obdachlose in Hamburg leben wie noch vor zehn Jahren. Damals gab ungefähr ein Viertel an, nicht aus Deutschland zu stammen, heute sind es über sechzig Prozent der Befragten, die unter anderem aus Rumänien, Bulgarien und Polen kommen. Viele gaben an, auf der Suche nach Arbeit in unsere Stadt gekommen zu sein und landeten fast alle sofort auf der Straße. Als logische Folge ist auch die Zahl derjenigen, die den Erfrierungsschutz, das sogenannte Winternotprogramm, in Anspruch nehmen, seit Jahren sehr hoch. Die Lücken bei der Versorgung obdachloser Menschen müssen geschlossen werden. Ihr Schicksal darf uns nicht gleichgültig sein. Obdachlosigkeit darf gar nicht erst entstehen, ihre Ursachen müssen bekämpft werden. Daher richten wir eine zentrale Anlaufstelle zur Arbeitsvermittlung ein,

die mit der Servicestelle Arbeitnehmerfreizügigkeit kooperiert, die auf die Zielgruppe eingerichtet ist und Arbeitsuchende und potenzielle Arbeitgeber zusammenbringt. Für obdachlose Frauen mit Kindern wollen wir mehr kindgerechte Plätze in Frauennotunterkünften schaffen. Daneben dürfen wir die insbesondere in der Innenstadt zunehmende Form des aggressiven, organisierten Bettelns nicht länger hinnehmen. Notwendig ist eine gemeinsame Strategie von Sozialarbeit und Polizei, um diese Strukturen aufzubrechen, damit insbesondere denjenigen geholfen wird, die dazu selbst nicht mehr in der Lage sind.

Ein gesundes Leben für alle – Medizinische Versorgung verbessern

Zur Sicherung der Lebensqualität aller Hamburgerinnen und Hamburger gehört eine sichere, innovative und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung. Gesundheit ist zudem einer der größten Wirtschaftsbereiche in Hamburg, die Arbeit und Wohlstand sichern. Hier finden sich auch alle Zukunftsthemen wieder wie Digitalisierung, Innovation und die Folgen des demografischen Wandels bis hin zur internationalen Perspektive, denn Gesundheit ist ein weltweit gefragtes Gut. Wir wollen eine flächendeckende medizinische Versorgung im ambulanten Bereich, auch in strukturschwachen Gebieten Hamburgs. Wir setzen uns für die Stärkung von Prävention und Sozialmedizin ein, damit Ursachen der Entstehung von Krankheiten rechtzeitig erkannt und in Zusammenarbeit der verschiedenen Fachbereiche vermieden werden. Die Zahl der psychischen Erkrankungen bei Jugendlichen und Erwachsenen ist in Hamburg überdurchschnittlich hoch. Wir werden die Therapieplätze in Kliniken erhöhen, um in schweren Fällen besser helfen zu können. Wir wollen mit staatlichen Krankenhausinvestitionen Innovation und Wirtschaftlichkeit auf hohem Niveau fördern und die Qualitätssicherung vorantreiben. Insbesondere benötigen wir mehr Anstrengungen, um ausreichend Krankenhaus- und Pflegepersonal zu gewinnen. Die Potenziale der Gesundheitswirtschaft in der Metropolregion wollen wir gezielt fördern.

Soziale Probleme neu lösen – Social Entrepreneurship fördern

Das soziale Unternehmertum beziehungsweise Social Entrepreneurship unterstützt die Gesellschaft bei der Lösung sozialer Probleme. Immer mehr Start-ups engagieren sich in

diesem Bereich. Wir wollen die Rahmenbedingungen in Hamburg für Sozialunternehmen stärken. Mit einer städtischen sozialen Innovationsstrategie soll ein Netzwerk und ein regionales Innovationszentrum aufgebaut werden. Eine Stabsstelle „Social Entrepreneurship“ und eine „Transferagentur“ soll die Aktivitäten bei Fragen von Beratung und finanzieller Unterstützung koordiniert unterstützen. Ein vertieftes Studienmodul „Social Entrepreneurship“ an der Universität Hamburg soll aufgebaut werden.

9. Zusammen eine Stadt der Kultur und des Sports gestalten

Wir stehen für ein modernes und lebenswertes Hamburg. Kultur und Sport schaffen Lebensqualität, bewegen uns und vermitteln Werte. Gleichzeitig verfügen sie über eine integrative Kraft und tragen damit zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei.

Kultur heißt Bildung und gibt Orientierung. Kultur regt zum Nachdenken an. Kultur fördert die Integration über Schichten und Ethnien hinweg. Kultur ist aber auch Freizeitgestaltung. Und schließlich: Kultur bedeutet Heimat und Zugehörigkeit.

Eine wachsende Stadt braucht eine wachsende Kultur. Hamburg braucht ein überzeugendes Angebot in der Breite. Clubs, die kulturelle Bildung an Schulen und in den Kulturinstitutionen, die Stadtteilkultur, die freie Szene – all das trägt zur Identifikation der Hamburgerinnen und Hamburger mit ihrer Stadt bei. Und gerade in Bezug auf diese niedrigschwelligen Kulturangebote können sich die Bürgerinnen und Bürger sowie die Kulturschaffenden frei entfalten und die eigene Kreativität freisetzen.

Eine wachsende Kultur bedeutet aber auch mehr Qualität. Hamburg braucht Leuchttürme wie die Elbphilharmonie, das Deutsche Hafenumuseum oder das Ballett von John Neumeier, das seit über vier Jahrzehnten ein Aushängeschild für Hamburg ist.

Ob Klassik oder Pop – Musikstadt Hamburg fördern

Herzstück der Musikstadt Hamburg ist die Elbphilharmonie. Seit ihrer Eröffnung im Jahr 2017 profitiert Hamburg vom immensen Erfolg der Elbphilharmonie. Allerdings kann die Vernetzung mit anderen Kulturinstitutionen der Stadt verbessert werden.

Die Musikstadt Hamburg ist aber nicht nur die Elbphilharmonie. Sie wird bestimmt von der musikalischen Vielfalt, die in Hamburg angeboten und gelebt wird. Es gibt ein breites Angebot an Musicals, klassischer Musik aber auch Pop-, Rock- und Jazzmusik sowie eine lebhaft und vielfältige Chorszene, die auch regelmäßig im Ausland als musikalischer Botschafter Hamburgs in Erscheinung tritt. Wir wollen die musikalische Vielfalt weiter stärken und alle Beteiligten der Musikstadt besser vernetzen und Kooperationen fördern. Hamburger Ensembles wollen wir stärken und die musikalische Bildung und die Nachwuchsförderung ausbauen.

Darüber hinaus wollen wir Hamburgs Festivallandschaft stärken. Dafür werden wir mit den Veranstaltern anerkannte Hamburger Musikfestivals weiterentwickeln und die Möglichkeiten zur Realisierung neuer zukünftiger Festivals in Hamburg prüfen.

Lernen, Verstehen, Erinnern – Hamburger Museumslandschaft ausbauen

Eine Stadt wie Hamburg muss ein attraktives Angebot an Museen bieten. Dafür benötigen die Hamburger Museen strukturell mehr Geld, um Dauerausstellungen zu erneuern und mehr attraktive Sonderausstellungen anzubieten. Wir wollen den Innovationsfonds dafür erhöhen. Wir wollen mehr Angebote mit kostenlosem Eintritt, wie sie zum Beispiel am Reformationstag schon bestehen. Die dadurch entstehenden Einnahmeausfälle für die Museen müssen vollständig kompensiert werden.

Darüber hinaus werden wir das Angebot an Museen in Hamburg gezielt ausweiten. Das Deutsche Hafenumuseum verfügt über das Potenzial, ein Leuchtturm der Hamburger Kulturlandschaft zu werden. Wir wollen zügig ein tragfähiges Konzept dafür erarbeiten und mit dem Bau beginnen.

Seit der Zerstörung des ehemaligen Naturkundemuseums im Zweiten Weltkrieg klafft eine Lücke in der Hamburger Museumslandschaft. Daher werden wir uns für die Planung und den Bau des Hamburger Naturkundemuseums einsetzen. Dort sollen die bisher an drei Standorten verteilten Sammlungen der Zoologie, Geologie und Mineralogie wieder zusammengeführt werden.

Ideen fördern – Theater, Stadtteilkultur und Kreativwirtschaft stärken

Wir werden die freie Tanz- und Theaterszene, unter anderem für den Betrieb der Geschäftsstelle, der Prohebühnen sowie für Aufführungen und Festivals, besser finanziell unterstützen. Die Privattheater wollen wir stärken. Dafür wollen wir einen Fonds für besonders attraktive Aufführungen auflegen.

Stadtteilkulturzentren und Bücherhallen sind außerhalb der Innenstadt oftmals das einzige Kulturangebot im eigenen Stadtteil beziehungsweise in der Region. Sie bieten wichtige Angebote wie Kinderkulturarbeit, Seniorentheater, Sportangebote, Ausstellungen, Vorträge und Lesungen an.

Wir setzen uns dafür ein, sanierungsbedürftige Stadtteilkulturzentren zu modernisieren, den dauerhaften Betrieb und die regelhafte Finanzierung zu sichern.

Wir wollen der Kreativwirtschaft in Hamburg mehr Aufmerksamkeit und Förderung zukommen lassen. Dafür werden wir ortsansässige Kreative, zum Beispiel in den Branchen Design, Werbung und Grafik, besser fördern. Wir werden ihnen dafür sowohl temporär als auch langfristig geeignete Immobilien zur Verfügung stellen.

Kinder und Jugendliche begeistern – Kulturelle Bildung verbessern

Projekte und Maßnahmen im Bereich der kulturellen Bildung werden häufig durch einen zu großen bürokratischen Aufwand für die Kulturinstitutionen erschwert. Wir wollen die dafür zur Verfügung stehenden Mittel in einer Behörde bündeln, um die Antragstellung zu erleichtern. Zudem werden wir die Mittel aufstocken, um mehr Kinder und Jugendliche an

das Thema Kultur heranzuführen und mit den Kulturinstitutionen der Stadt vertraut zu machen. Dafür werden wir einen zentralen Fonds für Kinder- und Jugendkultur einrichten.

In Anlehnung an das gleichlautende Konzept des Katholischen Schulverbandes wollen wir einen Kulturführerschein einführen, um mehr Schülerinnen und Schüler als bisher dazu anzuhalten, die Kulturinstitutionen der Stadt zu besuchen und kennenzulernen. Der Kulturführerschein soll Kompetenzen beinhalten, die eine Schülerin oder ein Schüler am Ende seiner Grundschulzeit und jeweils bei Erreichen der verschiedenen Abschlüsse erworben haben sollte.

Hamburgs Erbe bewahren – Denkmalschutz verbessern

Hamburg muss sein kulturelles Erbe auch bei den Denkmälern bewahren. Denkmalschutz darf nicht politischen oder wirtschaftlichen Interessen zum Opfer fallen. Wir werden unter anderem den unabhängigen Denkmalrat besser ausstatten, damit er durch Gutachten und Öffentlichkeitsarbeit möglichen Abrissen von Denkmälern besser entgegenreten kann. Die Stadt muss bei der Erhaltung der eigenen Denkmäler wieder Vorbild werden.

Sport verbindet – Förderung der Vereine und Verbände stärken

Sport ist ein Teil unserer Kultur, vermittelt wichtige Werte wie Toleranz und Solidarität und lehrt die Einhaltung von Regeln. Gleichzeitig geht es im Sport um Leistung und Wettkampf. Sport verbindet Menschen verschiedener Generationen und Kulturen und trägt dadurch zur sozialen Integration bei. Wir wollen der Förderung des Sports deshalb zukünftig mehr Gewicht beimessen.

Die Hamburger Sportvereine und -verbände sind das Rückgrat der Sportstadt Hamburg, ihnen gilt unsere Wertschätzung. Wir wollen die chronische Unterfinanzierung des Breiten- und Leistungssports in Hamburg beenden und den Vereinen und Verbänden steigende Kosten durch Inflation und Tarifabschlüsse in Zukunft automatisch ausgleichen. Außerdem setzen wir uns für eine engere Vernetzung von Sport und Privatwirtschaft ein, um ein zusätzliches Sponsoring zu ermöglichen.

Bewegung tut gut – Schulsporthallen und -flächen ausbauen

Wir werden die Sanierungsoffensive für Sportanlagen fortsetzen. Außerdem setzen wir uns für den Ausbau und die Modernisierung von Sportanlagen ein, um der wachsenden Nachfrage in allen Stadtteilen gerecht zu werden. Bau und Sanierung von Sportstätten müssen langfristig durch einen Sportstättenentwicklungsplan und hinreichende finanzielle Mittel gesichert werden, bei dem Akteure aus Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft aktiv miteinbezogen werden, um größtmögliche Potenziale zu generieren.

Jeder Bezirk soll eine Nicht-Schulsporthalle erhalten, die auch tagsüber für Kinder- und Seniorensport-Angebote zur Verfügung steht. Dieses zusätzliche Angebot führt zu einer Entlastung der Schulsporthallen, die erst nach 16 Uhr für den Vereinssport zu nutzen sind. Alle Sporthallen sollen künftig grundsätzlich auch in den Sommerferien und nach 22 Uhr für den Vereinssport geöffnet sein, sofern keine nachbarschaftliche Beeinträchtigung besteht. Dadurch wollen wir Kooperationen zwischen den Schulen und Vereinen fördern. Problematisch ist aus unserer Sicht die kategorische Trennung der Zuständigkeiten für Schulsporthallen und für Sport- und Leichtathletikflächen. Dies werden wir ändern.

Hamburg benötigt endlich ein drittligataugliches Multifunktionsstadion, den Neubau von wettkampftauglichen Dreifeldhallen mit Sekundärflächen und – sofern möglich – eine entsprechende Nachrüstung von vorhandenen Althallen. Es muss ein systematisches Kunstrasenprogramm für Fußball und Hockey geschaffen werden. Für den Wassersport werden weitere wettkampftaugliche Schwimmbäder in Hamburg benötigt. Dafür werden wir uns einsetzen.

Neuem eine Chance geben – E-Sport und weitere Sportarten besserstellen

E-Sport ist mittlerweile ein etablierter Bestandteil der Gesellschaft. In Anlehnung an den Koalitionsvertrag der Bundesregierung, erkennen wir E-Sport als eine neue Sportart des 21. Jahrhunderts an. Vereine sollen ihre Gemeinnützigkeit nicht verlieren, wenn sie E-Sport anbieten. Hierzu werden wir die gesetzlichen und kulturellen Rahmenbedingungen schaffen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Liste der Schwerpunktsportarten sinnvoll erweitert wird. Nischensportarten wie beispielsweise Feldhockey wollen wir zum Beispiel durch Ehrungen oder Miniturniere auf dem Rathausmarkt präserter machen.

10. Zusammen unsere Stadt nachhaltig und bürgerfreundlich machen

Eine zukunftsfähige Politik darf sich nicht ausschließlich an die heutige Gesellschaft richten. Sie muss auch den nachfolgenden Generationen gerecht werden. Dazu gehört die Bereitschaft und die Kompetenz, sich den großen Herausforderungen der Zukunft, dem Klimaschutz, dem demografischen Wandel, der Digitalisierung, aber auch der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu stellen. Wir wollen ein nachhaltiges Hamburg, das nicht auf Kosten unserer Kinder lebt.

Die nächste Generation im Blick haben – Solide Haushalten

Zu einem nachhaltigen Hamburg gehört eine solide und intelligente Haushaltspolitik. Unsere Haushaltspolitik setzt auf Transparenz, verantwortungsvolle Konsolidierung, umfassende Aufgabenkritik und zukunftsweisende Investitionen. Sie ist gleichzeitig Grundlage und Motor unseres politischen Handelns.

Wir wollen eine transparente Haushaltspolitik ohne versteckte finanzielle Lasten. Auch Abschreibungen und Rückstellungen müssen für jedermann erkennbar sein. Daher werden wir das kaufmännische Rechnungswesen konsequent weiterentwickeln.

Wir werden keine Kompromisse bei der Einhaltung der Schuldenbremse machen. Die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen. Es liegt in unserer Verantwortung, dass auch den kommenden Generationen finanzielle Spielräume bleiben. Eine Ausweitung der Verschuldung kommt für uns daher nicht infrage.

Die Verlagerung von Schulden in Nebenhaushalte ist abzustellen. Wir streben ein verbessertes Risikomanagement sowie eine transparentere Berichterstattung für die öffentlichen

Unternehmen an. Zudem müssen Regelungen zur Begrenzung der Kreditaufnahme im Bereich der direkt oder indirekt aus dem Haushalt finanzierten Tochtergesellschaften der Stadt geprüft werden.

Niedrigere Zinsaufwendungen aufgrund des derzeitigen Zinsumfelds dürfen nicht für eine Ausweitung konsumtiver Ausgaben im Haushalt genutzt werden. Wir wollen festlegen, dass Einsparungen bei den Zinsausgaben insbesondere zur Schuldentilgung eingesetzt werden. Aufgrund der eingetrübten Konjunkturaussichten muss der Haushalt bewusst krisensicher und nachhaltig aufgestellt werden. Wir werden daher auf der Einnahmenseite die Vorsichtsabschläge wieder einführen.

Wir wollen wichtige politische Impulse und Schwerpunkte setzen, anstatt Geld mit der Gießkanne zu verteilen. Vorhandene finanzielle Spielräume werden wir für Investitionen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts und zur Sanierung der öffentlichen Infrastruktur nutzen. Beim Mieter-Vermieter-Modell werden wir regelhaft eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchführen und alternative Realisierungsmodelle prüfen.

Gewinne aus Immobilienverkäufen wollen wir zielgerichtet für Investitionen und nicht für konsumtive Mehrausgaben einsetzen.

Maßhalten – Steuern nicht erhöhen

Die Hamburger Steuereinnahmen sind in den letzten Jahren mit der guten Konjunktur- und Arbeitsmarktlage in Deutschland stark gestiegen. Daher sprechen wir uns klar gegen Steuererhöhungen aus. Angesichts der gerade in Hamburg erheblich gestiegenen Immobilienpreise hat sich das Grunderwerbsteueraufkommen in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Gerade für junge Familien, die erstmals Wohneigentum erwerben wollen, wird es immer schwieriger, das hierfür erforderliche Eigenkapital anzusparen.

Wir wollen eine Entlastung bei der Grunderwerbsteuer für den erstmaligen Erwerb für selbstgenutzten Wohnraum prüfen, um insbesondere den Eigentumserwerb von Familien zu fördern.

Wir wollen verhindern, dass die Grundsteuerreform ein verwaltungsintensiver Kostentreiber wird. Daher setzen wir uns für eine Regelung ein, die sicherstellt, dass sich das Wohnen

dadurch für die Hamburgerinnen und Hamburger nicht weiter verteuert. Das Flächen-Lage-Modell wäre ein ausgewogener, unbürokratischer und vor allem gerechter Vorschlag zur Reform der Grundsteuer in Hamburg.

Ein besserer Ansprechpartner sein – Verwaltung präsenter und effizienter machen

Eine moderne Verwaltung nutzt die Chancen der Digitalisierung, um die Effizienz in den Behörden zu steigern und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu erfüllen. Wir setzen uns für eine präsenste, effiziente, digitale und bürgernahe Verwaltung ein.

Die Verwaltung muss in den Stadtteilen sichtbar sein und als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Die Schließung von immer mehr Kundenzentren und weitere Zentralisierungen lehnen wir ab. Auch die Hamburgerinnen und Hamburger in den äußeren Stadtteilen müssen ihre Behördengänge in Kundenzentren in ihrer Nähe erledigen können. Dienststellen, die man persönlich aufsuchen muss, sollen zentral gelegen und gut an den ÖPNV angebunden sein.

Die Verwaltung leistet einen Dienst an den Bürgerinnen und Bürgern. Dies muss auch erkennbar und sie für die Menschen vor Ort ansprechbar sein. Viele völlig unterschiedlich ausgestaltete Kontaktmöglichkeiten im Internet erscheinen aber als ein unübersichtliches Dickicht. Deshalb wollen wir mit einem mobilen Bürgerbüro, zum Beispiel auf den Marktplätzen, für ihre Fragen, Anliegen und Hinweise als Stadtverwaltung erreichbar sein und Hilfestellungen geben.

Mit dem Modernisierungsfonds und dem Effizienzfonds verfügt die Stadt bereits jetzt über zentrale Mittel zur Verschlinkung von Verwaltungsprozessen. Wir wollen in den Behörden weitere Maßnahmen zur Effizienzsteigerung umsetzen und mit einer ständigen Aufgabenkritik vorhandene Einsparpotenziale realisieren. Für Projekte geschaffene Personalstellen werden wir nach Projektende zeitnah wieder streichen.

Nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch in der Verwaltung bietet die Digitalisierung neue Möglichkeiten. Wir wollen mithilfe digitaler Lösungen in der Entscheidungsfindung, im Verwaltungshandeln, in der Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Unter-

nehmen sowie in der Organisation öffentlicher Leistungen agiler und transparenter werden. Wir wollen, dass die Verwaltung gemeinsam mit privatwirtschaftlichen Akteuren Technologien im Rahmen von Test- und Pilotprojekten erprobt.

Für alle behördlichen Dienstleistungen, die nicht zwingend eine persönliche Anwesenheit erfordern, setzen wir konsequent auf ein digitales Rathaus, bei dem alles online beantragt werden kann. Dafür werden wir zunächst die Prozesse digitalisieren, die entweder sehr häufig vorkommen oder sehr komplex sind. Dabei genießt die Datensicherheit einen hohen Stellenwert.

Wir werden eine zentrale Terminhomepage für die Verwaltung einrichten. Aber nicht nur in der Interaktion mit den Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch im Verwaltungshandeln wollen wir die Chancen der Digitalisierung stärker nutzen. Unser Ziel ist die papierlose Verwaltung.

Bezirkspolitik ist nah an den Menschen, bündelt lokale Kompetenzen und Ortskenntnis. Sie steht in direktem Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb gehören lokale Entscheidungen – welche Straßen instandgesetzt, welche Jugend- einrichtung oder welcher Seniorentreff gefördert wird, wie die Nachverdichtung von Wohnbebauung gelingt – auch direkt in die Zuständigkeit der Bezirke und nicht in den Zugriff der Landesbehörden. Wir setzen uns für starke Bezirke als Gesicht und als erste Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger ein. Entscheidungen, die vor Ort in den Bezirken sinnvoll getroffen werden können, sollen auch dort getroffen werden.

Wir setzen uns dafür ein, das Evokations- und Weisungsrecht des Senats auf bezirkliche Beschlüsse zu Themen mit gesamtstädtischer Bedeutung zu beschränken, um die Bezirke zu stärken.

Durch die wachsende Bevölkerung, geänderte gesetzliche Regelungen und eine Ausweitung der Arbeitszeiten in den Kundenzentren nimmt die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kontinuierlich zu. Die im Vergleich zur Landes- und Bundesebene geringere Bezahlung der Beschäftigten in den Hamburger Bezirksverwaltungen führt auch dazu, dass es immer schwieriger wird, gut ausgebildetes Personal zu finden und alle freien Stellen zu besetzen. Zudem werben Fachbehörden immer wieder gut ausgebildete und qualifizierte Mitarbeiter aus den Bezirksämtern ab, weil sie finanziell mehr bieten können.

Wir wollen mehr qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bezirken, damit diese ihre Aufgaben vollumfänglich erledigen, die Zahl der Überstunden abgebaut wird und die hohen Krankenstände reduziert werden können. Die Bezirke können nur dann als Arbeitgeber mit der Landes- und Bundesebene konkurrenzfähig sein, wenn sie ähnliche Gehälter zahlen können. Daher wollen wir Fachpersonal, wie zum Beispiel Ingenieurinnen und Ingenieure, besser bezahlen, um wieder mehr Menschen für den Verwaltungsdienst gewinnen zu können. Zudem müssen die Arbeitsbedingungen in den Bezirksämtern in Abstimmung mit den Beschäftigten verbessert werden. Bezirksverwaltungen müssen moderne Arbeitgeber und Vorreiter bei Homeoffice und flexiblen Arbeitszeitmodellen werden.

Wahlaufruf: Zusammen zum Erfolg!

Im Austausch mit Menschen aus den verschiedensten Lebensbereichen unserer Stadt und vielen Expertinnen und Experten haben wir ein Programm erarbeitet, das die Bedürfnisse der Hamburgerinnen und Hamburger nach größerem Zusammenhalt, mehr Sicherheit und einer nachhaltigen Wende in den Bereichen Wohnen und Mobilität mit einem zukunftsfesten Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Hamburg vereint. Es ist das Programm der Hamburgerinnen und Hamburger. Als Partei der sozialen Marktwirtschaft und mit klaren Grundwerten setzen wir in Zeiten dynamischer Veränderungen und Umbrüche auf die Solidarität mit den Schwächeren in unserer Gesellschaft und möchten zugleich Leistungswillen, Eigenverantwortung und Fleiß belohnen. Die Menschen, die den Laden täglich am Laufen halten, sollen entlastet und gefördert werden. Es sind die Hamburgerinnen und Hamburger, die sich um ihre Familien kümmern, sich gesellschaftlich engagieren und denen die Zukunft unserer Stadt am Herzen liegt. Mit ihnen gemeinsam wollen wir als mutige und unabhängige Kraft diese Veränderungen, die Vielfalt und die Wachstumsprozesse als positive Herausforderungen annehmen und den Wandel gemeinsam gestalten. Damit wollen wir Hamburg als zusammenwachsende Stadt voranbringen und fit für die Zukunft machen.

Unser Programm bietet eine Alternative zum ideen- und mutlosen Verwalten des rot-grünen Senats und steht für eine Politik mit den und für die Menschen in Hamburg. Wir sind

die Mutigen und Dynamischen, die Hamburg als zusammenwachsende Stadt voranbringen werden.

Wir sind die große unabhängige Kraft für Hamburg. Entscheiden Sie sich deshalb in unruhigen Zeiten für Mitte und Ausgleich. Wählen Sie am 23. Februar 2020 mit allen Stimmen die CDU.



CDU Landesverband Hamburg
Leinpfad 74
22299 Hamburg

Telefon: (040) 468 54 - 800
Telefax: (040) 468 54 - 900

E-Mail: info@cduhamburg.de

